

# Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: C. Fr. Deimhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinbrenner, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Peritzelle ober deren Raum 60 Pfg.  
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

## Der internationale Kongress in Stuttgart.

Ein bürgerliches Weltblatt hat in einem kurzen Resümee den soeben beendeten internationalen Kongress in Stuttgart als die bedeutendste und eindrucksvollste Tagung der Arbeiterinternationale bezeichnet. Das ist sicher nicht übertrieben, denn eine so imposante, von so gutem Geiste befehlte, in ihrem Handeln und in ihren Beschlüssen so durchaus einig versammelte hat die sozialistische Internationale kaum gesehen.

Es waren in Stuttgart 25 Nationen durch 886 Delegierte vertreten. Berücksichtigt man, daß in Amsterdam 476, in Paris 299 respektive 391, in London gegen 700, in Zürich 417 und in Brüssel 362 Delegierte erschienen waren, so hat man einen Begriff von der Stärkung der Arbeiterbewegung in den letzten Jahren und von der Größe und Bedeutung der Stuttgarter Tagung. Wir wollen gleich bemerken, daß der zahlreiche Besuch dieses internationalen Kongresses seinen Beratungen nicht immer förderlich gewesen ist. Eine so große Versammlung, die zudem noch verschiedene Sprachen spricht und von den unterschiedlichsten Volkstypen beherrscht wird, läßt sich nur schwer in einen einheitlichen Willen zusammenfassen. Viele Besucher verlieren den innigen Kontakt mit den Beratungen, was sich dann des öfteren störend bemerkbar macht, so auch in Stuttgart. Vielleicht lernt man aus diesen Begleiterscheinungen des Stuttgarter Kongresses und sucht den Umfang der nächsten internationalen Kongresse auf ein gewisses Maß zu beschränken.

Die zahlreiche Besetzung dieses Kongresses aus allen Ländern hatte übrigens auch seine sehr guten äußerlichen Wirkungen. Diese Versammlung wirkte schon durch ihren zahlreichen Besuch als eine imponierende Demonstration. Dieser Eindruck wurde an manchen Tagen der Kongressberatungen noch verstärkt, und es kam dann zu Momenten von wirklicher Größe, die jeden Teilnehmer im innersten packten und bewegten. So in der Eröffnungssitzung, als der Kongress mit dem wundervoll vorgetragenen Arbeiterbundeslied „Eine feste Burg ist unser Bund“, als er von Bebel und Wandervogel namens der deutschen Sozialdemokratie und der Leitung der Arbeiterinternationale begrüßt wurde; so auf der großen Volksversammlung auf dem Cannstatter Wasen, wo gegen 50 000 Arbeiter den Worten der besten unserer Führer aus allen Kulturländern lauschen konnten; so in der Freitagsitzung, als Singer die für uns Deutsche so beschämende Tatsache der Ausweisung des englischen Sozialisten Duclach bekannt gab, welche Ausweisung auf dem Kongress einen Sturm der Entrüstung auslöste; so vor allem in der Schlußsitzung bei der Verhandlung des Punktes 1 der Tagesordnung: „Der Militarismus und die internationalen Konflikte“, die sich zu einer grandiosen Kundgebung des Weltparlamentes der Arbeit für den Völkerfrieden gestaltete. In solchen Momenten fühlte man sich durch den Kongress wirklich innerlich gehoben und bewegt, das waren Eindrücke von bleibendem Wert.

Und solcher Momente gab es viele auf dem Kongress. Eigentlich machte davon nur die Beratung über die Kolonialpolitik eine unerfreuliche Ausnahme, insofern gerade in dieser Debatte die deutsche Partei dem internationalen Kongress ein wenig schönes Schauspiel bot. Denn in der Debatte befehdelten sich, wie das in Deutschland seit Jahren schon bei Beratung von Fragen politischer Taktik nun einmal nicht anders üblich ist, „Radikale“ und „Revisionsisten“ mit einer Leidenschaft und Rücksichtslosigkeit, als handle es sich darum, vor der ganzen proletarischen Welt auch die Schattenseiten unserer deutschen Bewegung recht eindringlich vorzuführen. Schlimm genug, daß wir in Deutschland selbst seit Jahren schon diese Auseinandersetzungen über uns ergehen lassen müssen, die sicher nur lähmend auf unsere Bewegung wirken, den internationalen Kongress hätte man damit, schon im Interesse des Ansehens unserer Bewegung, verschonen können. Der Vorgang machte auf uns schon deshalb einen recht peinlichen Eindruck, weil die paar „radikalen“ Genossen, die dem internationalen Kongress dieses Schauspiel vorführten, mit ihren Ausführungen die überwältigende Mehrheit der deutschen Delegation gegen sich hatten, und weil sie damit

auch gleichzeitig vor dem Weltparlament der Arbeit die parlamentarische Taktik unserer alten verdienten politischen Führer desavouierten. Bisher war es nur den Engländern, Franzosen oder Italienern vorbehalten, sich auf den internationalen Kongressen gegenseitig zu bekämpfen. Dieser Unsitte, die immer nur von der Schwäche einer Bewegung Zeugnis ablegt, sollten unsere deutschen Führer nicht fröhnen. Der Vorgang hätte sich bei einigem Takt auch leicht vermeiden lassen. Hoffen wir, daß die deutschen Führer auf künftigen Kongressen solche betrüblichen Auseinandersetzungen vermeiden und geschlossen und einig wie ehedem auftreten, damit den anderen Nationen, wo es an der so notwendigen Einigkeit und gut durchgebildeten Organisation fehlt, ein leuchtendes Beispiel gebend.

Zum Glück trat diese Auseinandersetzung gegen die sonstigen Arbeiten des Kongresses ganz zurück, sie bildete nur eine unangenehme Episode desselben. Denn dieser Kongress bot sonst nur erfreuliche Momente und seine sonstigen Beratungen und Beschlüsse waren vom besten Geiste befehlte und sind von dauerndem Wert für die Arbeiterbewegung. Das kann vor allem auch von den die gewerkschaftlichen Interessen aufs engste berührenden Beschlüssen über die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und Gewerkschaften, sowie über die Aus- und Einwanderung gesagt werden. Diese Entschlüsse werden uns bei der künftigen gewerkschaftlichen Arbeit gute Dienste leisten. Wir werden demnächst noch auf diesen Teil der Beratungen des internationalen Kongresses des näheren eingehen.

Wir wollen zum Schluß nur nochmals betonen, daß der internationale Kongress in Stuttgart, alles in allem betrachtet, einen recht günstigen Eindruck bei uns hinterlassen hat. Er hat gezeigt, daß die internationale Arbeiterklasse in allen ihren wichtigsten Lebensfragen durchaus einig ist, daß sie eine feste, unüberwindliche Phalanx gegen den Kapitalismus und die herrschende Gesellschaft bildet. Er hat der organisierten Arbeit im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung neue gute Waffen gegeben, die uns in den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der Zukunft gute Dienste leisten werden. Freuen wir uns dieser Arbeit!

In einer vorbereitenden Sitzung hat die deutsche Delegation zum internationalen Kongress in Stuttgart auch zur Maifeier folgende Resolution angenommen:

„Die deutsche Delegation zum internationalen Kongress in Stuttgart empfiehlt, die Feier des 1. Mai in der Form zu begehen, wie es in der Resolution des Mannheimer Parteitags niedergelegt ist.

„Wo aber die Arbeitsruhe Maßregelung zur Folge hat, muß den wegen der Maifeier durch Maßregelung geschädigten Arbeitern eine Unterstützung gewährt werden, auf die die politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Anspruch erheben können. Zur Regelung ist die deutsche Delegation zum internationalen Kongress nicht kompetent. Sie erwartet jedoch von dem nächsten deutschen Parteitag eine Regelung auf folgender Grundlage:

„Die Unterstützung ist von der Partei und den Gewerkschaften zu tragen. Die Art, wie die Partei und die Gewerkschaften die dafür erforderlichen Mittel aufbringen, bleibt einer Verständigung der Instanzen der Partei und Gewerkschaften vorbehalten. Dabei ist festzulegen, von welchem Zeitpunkt ab und für welche Dauer die Unterstützung zu gewähren ist.“

Nach Annahme dieser Resolution wurde vereinbart, nunmehr von deutscher Seite auf eine Verhandlung der Maifeierfrage auf dem internationalen Kongress selbst zu verzichten.

Wenn mit der in Stuttgart zwischen den Vertretern der Partei und der Gewerkschaften getroffenen Regelung auch nicht alle Schwierigkeiten betreffs der Maifeier — die in der Hauptsache ja gar nicht auf finanziellen Gebieten liegen — behoben sind, so dürfte die Stuttgarter Verhandlung der Frage doch ihre guten Folgen haben. Denn durch diese Verhandlungen sind sich Gewerkschaft und Partei wieder um vieles näher gekommen, und das wird der Bewegung in ihren künftigen Aktionen nur förderlich und nützlich sein.

Zu dem Punkt 2 der Tagesordnung: „Die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften“, hat der internationale Arbeiterkongress mit überwältigender Mehrheit folgende Resolution beschlossen:

I. Zur vollständigen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der geistigen, politischen und ökonomischen Knechtschaft ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse im gleichen Maße notwendig. Steht die Aufgabe der sozialistischen Parteiorganisation vorwiegend auf dem Gebiete des politischen Kampfes des Proletariats, so liegt die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation vornehmlich auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterschaft. Partei und Gewerkschaften haben also im Emanzipationskampfe des Proletariats gleich wichtige Aufgaben zu erfüllen.

Jede der beiden Organisationen hat ein durch ihre Natur bestimmtes eigentümliches Gebiet, auf dem sie ihre Aktionen vollständig selbständig zu bestimmen hat. Daneben gibt es aber ein stetig wachsendes Gebiet des proletarischen Klassenkampfes, auf dem Erfolge nur erzielt werden können bei einmütigem Zusammenwirken zwischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen.

Der Kampf des Proletariats wird sich daher um so erfolgreicher und günstiger gestalten, je inniger die Beziehungen zwischen Gewerkschafts- und Parteiorganisationen sind, wobei die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Aktion stets im Auge zu behalten ist.

Der Kongress erklärt es als im Interesse der Arbeiterschaft gelegen, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und dauernd unterhalten werden.

Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen, und in ihren Kämpfen sich bloß solcher Mittel zu bedienen, die für den Befreiungskampf des Proletariats förderlich sind. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen, wenn über die Zweckmäßigkeit der angewandten Methoden Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Die Gewerkschaften werden ihre Pflicht im Emanzipationskampfe der Arbeiter nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich bei ihren Aktionen vom sozialistischen Geiste leiten lassen. Der Partei obliegt die Pflicht, die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen nach Hebung und Besserstellung der sozialen Frage der Arbeiter zu fördern und in ihren parlamentarischen Aktionen den Bestrebungen und Forderungen der Gewerkschaften Geltung zu verschaffen.

Der Kongress erklärt, daß der Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise, die wachsende Konzentration der Produktionskräfte, die wachsende Bereinigung der Unternehmer, die steigende Abhängigkeit der einzelnen Betriebe von der Gesamtheit der bürgerlichen Gesellschaft eine gewerkschaftliche Tätigkeit zur Pflicht verdammen müssen, wenn sie ausschließlich auf der Sorge für die Interessen der Berufsgenossen, auf der Grundlage des zünftigen Egoismus und der Theorie der Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit aufgebaut ist.

Der Kongress ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften um so erfolgreicher den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu führen vermögen werden, je einheitlicher ihre Organisation, je besser ihre Unterstützungsrichtungen, je kräftiger ihre im gewerkschaftlichen Kampfe unerlässlichen Fonds, je tiefer die Einsicht ihrer Angehörigen in die Zusammenhänge und Bedingungen des ökonomischen Lebens und je höher ihre Opferwilligkeit und Begeisterung sind, die am kraftvollsten aus dem sozialistischen Ideal fließen.

II. Der Kongress richtet an alle Gewerkschaften, die den durch die Konferenz zu Brüssel 1899 aufgestellten und durch den Pariser Kongress von 1900 genehmigten Bestimmungen entsprechen, die Einladung, sich auf den internationalen Kongressen vertreten zu lassen und sich mit dem Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel in Verbindung zu erhalten. Er beauftragt das letztere, sich mit dem Internationalen Sekretariat der Gewerkschaften zu Berlin behufs gegenseitiger Auskunftserteilung über die Organisation und die Bewegung der Arbeiter in Verbindung zu setzen.

III. Der Kongress beauftragt das Internationale Sozialistische Bureau, alle Urkunden zu sammeln, die das Studium der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien aller Länder erleichtern können, und hierüber dem nächsten Kongress Bericht zu erstatten.

Beer, Seliger, Smitta, Janusch (Österreich); C. Legien, A. Schmidt, R. Kautsky, W. Pfannkuch (Deutschland); A. de Brouckere, G. Anseele (Belgien); M. C. Lindblad (Schweden); C. M. Olsen (Dänemark); Tscharsz (Ungarn); Nemeec (Böhmen).

## Rüstungen der Unternehmer.

(Schluß.)

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung: „Wie treiben wir rationelle Agitation?“ sprach der Reisesekretär des Verbandes, Fobbe-Berlin. Die Agitation sei von allergrößter Wichtigkeit. Es müsse in allen Städten, wo Arbeitgeberverbände gegründet seien, ein weiterer Ausbau dieser Ortsgruppen vorgenommen werden. Dazu sei ein Vorstand erforderlich, der energisch Hand anlege. Von bestem Erfolg sei aber die Agitation von Mund zu Mund. Auch möge man die Ortsverbände in Bezirke teilen, an deren Spitze ein Vertrauensmann stehen müsse, der mit den Mitgliedern in ständiger Fühlung bleibt. Man könne hier von der Laktit der Arbeitnehmer und deren Erfolge lernen. Daneben sei es nötig, die „Holzarbeiter-Zeitung“ zu lesen. Zu einem Siege sei die Einigkeit im Schutzverband notwendig. Daneben dürfe man nicht außer acht lassen, daß zum Kriegführen Geld notwendig sei, es dürfe daher nicht an der erforderlichen Opferwilligkeit fehlen. — Aus der Versammlung wurde noch auf eine planmäßige Agitation durch die „Fachzeitung“ hingewiesen und teilte der Vorsitzende hierzu mit, daß der Verband bei entsprechender Adressenangabe die Zeitung dem Verband noch fernstehenden Interessenten längere Zeit gratis zugehen lasse, und wurde empfohlen, von dieser Einrichtung recht zahlreichen Gebrauch zu machen. Die Diskussion über diesen Gegenstand erstreckte sich noch auf zahlreiche Einzelheiten interner Art. Sodann begründete Siebel-Düsseldorf den vom Bezirksverband Düsseldorf eingegangenen Antrag:

„Der Arbeiterschutzbund für das deutsche Holzgewerbe in Berlin soll seine Eintragung in das Vereinsregister bewirken.“

Die Versammlung beschließt nach eingehender Diskussion, Gutachten über die Vorteile und Nachteile einer derartigen Eintragung einzuholen und der nächsten Generalversammlung darüber Bericht zu erstatten.

Am 3. August wurden die Verhandlungen fortgesetzt und betrafen dieselben zunächst den Rassenbericht und die Feststellung der Entschädigungsquote pro 1907. Beide Gegenstände wurden vertraulich behandelt und gestattete man den Vertretern der Presse nicht, den Verhandlungen beizuwohnen.

Hierauf wurde, als nächster Punkt der Tagesordnung, in eine Besprechung der Frage über Arbeitsvermittlung getreten, worüber Locke-Bremen ausführlich berichtete an der Hand eines gedruckt vorliegenden Musterregulativs für paritätische Arbeitsnachweise in der Holzindustrie, vereinbart zwischen den beiden Zentralvorständen des Deutschen Holzarbeiterverbandes und des Arbeiterschutzbundes für das deutsche Holzgewerbe. Diese Verhandlungen zwischen den Zentralvorständen haben aus Anlaß des Berliner Streiks zwecks Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises stattgefunden. In den früheren Jahren, wo beide Verbände ihre eigenen Nachweise hatten, ist der Nachweis des Arbeiterschutzbundes eigentlich nur als Auskunftsstelle betrachtet worden, denn Arbeiter habe man fast nur durch den Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes oder durch Zeitungsanzeigen bekommen. Bei gehäufter Arbeit wurden die Löhne künstlich in die Höhe getrieben. Ferner sei auch bei Besetzung offener Stellen durch den Arbeiterschutzbund die Besetzung der besten Agitationsherd für den Arbeiterschutzbund gewesen. Gut funktionierende kommunale Arbeitsnachweise, bei denen die Behörden die Kosten tragen und den Arbeitnehmern sowohl wie auch den Arbeitgebern ein gewisser Einfluß eingeräumt werde, sei ja wohl das Beste, aber leider verstanden sich die städtischen Behörden zu einer solchen Einrichtung nur in den wenigsten Fällen. Durch die Einrichtung paritätischer Arbeitsnachweise wird der Arbeitsnachweis als Kampfbild ganz ausgeschaltet und nehme man einen derartigen paritätischen Arbeitsnachweis nicht an, so werde es keine fünf oder zehn Jahre dauern, bis man zu einer Annahme unter noch ungünstigeren Bedingungen komme. Nachdem nun der Deutsche Holzarbeiterverband als Vertreterorganisation der Gehilfen anerkannt sei, empfiehlt der Redner den Ortsverbänden des Arbeiterschutzbundes, sich mit den Arbeitnehmerverbänden zu verständigen und paritätische Arbeitsnachweise einzurichten. Die Frage der Arbeitsvermittlung sei äußerst wichtig und immer brennender geworden, so daß dieserhalb für den Herbst eventuell kostspielige Kämpfe in Aussicht ständen.

Am die Ausführungen des Referenten schloß sich eine ausgedehnte Debatte, in der sämtliche Redner die ernstesten Bedenken gegen die Annahme eines derartigen Regulativs hatten. Von mehreren Seiten wurde die Angelegenheit als noch nicht spruchreif bezeichnet und Zurückstellung für die nächstjährige Generalversammlung gefordert. Aus Breslau berichtet ein Redner, daß ein dort seit sechs Jahren bestehender kommunal-paritätischer Arbeitsnachweis sehr gut funktioniere und bisher zu keinerlei Klagen Anlaß gegeben habe. Aber auch dieser Redner hält das vorliegende Regulativ als in manchen Punkten für unannehmbar. Die Debatte wurde abgebrochen und es gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die fünfte Generalversammlung des Arbeiterschutzbundes für das deutsche Holzgewerbe erkennt die Notwendigkeit einer Neuregelung des Arbeitsnachweiswesens an, hat aber gegen einzelne Bestimmungen des ihr vorgelegten Entwurfes eines Arbeitsnachweisregulativs so ernste Bedenken, daß eine Beschlußfassung als verfrüht erscheint, zumal die einzelnen Bezirksverbände vor der Generalversammlung keinerlei Gelegenheit hatten, unter sich zu dem Regulativentwurf Stellung zu nehmen. Der Vorstand wird daher beauftragt, in neue Verhandlungen mit dem Holzarbeiterverband einzutreten und das Ergebnis derselben der nächsten Generalversammlung zur Entscheidung vorzulegen.“

Plathen-Berlin leitete den nächsten Punkt der Tagesordnung: „Besprechung einer Klassifizierung der Städte bezüglich der Arbeitszeit und eines ortsüblichen Lohnes“ mit einem längeren Referat ein. Mit der Zeit sei wohl einer Klassifizierung näherzutreten, denn schon die letzten Kämpfe in Berlin hätten gezeigt, daß der Holzarbeiterverband seine ganze Kraft auf die Verkürzung der Arbeitszeit lege. Es komme diesem Verbands weniger auf eine Lohnhöhung an. Eine Klasseneinteilung solle dem Wunsche des Holzarbeiterverbandes entsprechend auf den beiderseitigen Verbandstagen im Jahre 1908 geregelt werden. Bei Beendigung des Berliner Lohnkampfes sei ja eine Arbeitszeitverkürzung zugesagt worden, so daß vom 14. Februar 1909 ab eine 51 stündige Arbeitszeit in Kraft trete, und diese Arbeitszeit würde die erste Klasse bedeuten. Nach den angestellten Erhebungen durch die Bezirksverbände beständen zurzeit folgende Arbeitszeiten: in 4 Städten 60 Stunden, in 6 Städten 59 Stunden, in 1 Stadt 58 1/2 Stunden, in 3 Städten 58 Stunden, in 17 Städten 57 Stunden, in 9 Städten 56 Stunden, in 14 Städten 54 Stunden, in 2 Städten 53 Stunden und in 1 Stadt 52 Stunden. Die Arbeitgeber hätten ein großes Interesse an der Regelung der Arbeitszeit, die entweder nach Kreisen, nach der Einwohnerzahl oder nach sonst vorhandenen gleichmäßigen Verhältnissen geregelt werden müsse. Redner erläuterte den Buchdruckertarif, der zu Anfang dieses Jahres auf weitere 10 Jahre verlängert worden sei und eine Arbeitszeit von 54 Stunden pro Woche vorsehe. Neben Minimallohnen seien hierauf Minimalleistungen festgelegt. Falls letzteres im Tischlergewerbe möglich sein würde, sei man zum Abschluß derartiger Vereinbarungen gerne bereit. Es wäre empfehlenswert, daß alle Bezirksverbände in den Städten, Kreisen und Provinzen die Arbeitszeit festlegten und dann nach Fertigstellung solcher Statistiken einen Provinzialtag einberiefen, wozu auch die an der Grenze liegenden Städte der Nachbarprovinzen einzuladen seien, um dann gemeinsam eine einheitliche Arbeitszeit festzusetzen.

Wie der Verbandsvorsitzende, Obermeister Rahardt-Berlin, hierzu mitteilte, sei der Verband von dem Deutschen Holzarbeiterverband zu einer Sitzung nach Cassel eingeladen. Zu dieser Sitzung sind auch die anderen Arbeitnehmerverbände hinzugezogen, und hier handle es sich ebenfalls um eine Besprechung zur Klassifizierung der Städte bezüglich der Arbeitszeit. Der Vorstand werde an dieser Verhandlung teilnehmen und über deren Verlauf berichten. — Nach einer längeren Debatte, die sich in der Hauptsache um die Aufnahme der Statistik drehte, wurde der Vorstand ermächtigt, sich mit den Arbeitnehmerverbänden ins Einvernehmen zu setzen, um eine Statistik über die Arbeitszeit und der Städte bezüglich der Arbeitszeit anzustellen.

Die Gegenstände der Tagesordnung, d. h. die der Öffentlichkeit zugänglichen Verhandlungen, waren hiermit erledigt. In einer nichtöffentlichen Sitzung wurde nach der „Fachzeitung“ der in Dessau gefaßte Beschluß gegen die Kaiserer wiederholt.

Die Unternehmer der Aussperrungsorte, welche sich an den Aussperrungen nicht beteiligt haben, sollen in der „Fachzeitung“ an den Pranger gestellt werden.

Die Generalversammlungen des Schutzverbandes sollen in Zukunft von dem deutschen Tischlertag räumlich und zeitlich getrennt tagen, um die Ermüdung der Teilnehmer durch die große Anstrengung der langen Beratungen angesichts des stetig wachsenden und wichtiger werdenden Beratungsstoffes hintanzuhalten.

So weit der uns zugängliche Bericht, der, da er für die bürgerliche Presse geschrieben ist, naturgemäß auf die gerade für uns wichtigen Einzelheiten der Hildesheimer Tagung nicht eingeht und in manchen Dingen recht ungenau ist. Wir versagen es uns, die unsere Organisation betreffenden Unrichtigkeiten hier ausdrücklich zu berichtigen, und wollen hier nur feststellen, daß die Verhandlungen zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband und dem Arbeiterschutzbund, die in Eisenach stattfanden und in Cassel demnächst stattfinden werden, nicht, wie das in Hildesheim geflüstertlich hinzustellen versucht wurde, von dem Vorstand unserer Organisation, sondern von dem Vorstand des Unternehmerverbandes angeregt wurden. Die Sache hat keine besonders große Bedeutung, immerhin war angesichts der wiederholten falschen Behauptung, die in Hildesheim immer wieder laut wurde, eine Berichtigung am Platze.

Selbst aus dem mangelhaften Bericht, der uns über die Hildesheimer Tagung zur Verfügung stand, geht jedenfalls

so viel hervor, daß die Unternehmer trotz ihrer diesjährigen schweren Niederlage und trotz ihrer immer wieder betonten friedlichen Absichten auch für die nächsten Jahre umfassende Rüstungen zu Machtkämpfen treffen. Ausdrücklich ist in Hildesheim von leitender Seite und unter Zustimmung der Unternehmerversammlung darauf hingewiesen worden, daß im nächsten Jahre 22 größere Verträge ablaufen. Daß man den Ablauf dieser Verträge nicht abwarten, sondern schon ein halbes Jahr vorher zu neuem Kampfe rüsten müsse, und Herr Rahardt hat noch besonders darauf verwiesen, daß schon in ganz kurzer Zeit eine Konferenz der an den nächstjährigen Vertragsverhandlungen respektive Kämpfen beteiligten Städte stattfinden müsse, um sich über eine gemeinsame Kampfstrategie zu verständigen. Auch in den geheimen Sitzungen in Hildesheim hat man sich, wie wir erfahren, des eingehenden mit den nächstjährigen Kämpfen beschäftigt. Und in der letzten öffentlichen Sitzung hat man wiederum die Notwendigkeit des Ausbaues des Schutzverbandes unter Hinweis auf die nächsten Machtkämpfe begründet.

Das deutet auf Sturm! Die Unternehmer rüsten zu neuen Schlägen gegen die organisierten Holzarbeiter. Seien wir dessen stets eingedenk und machen wir unseren Verband vor allem durch Zuführung aller uns noch fernstehenden indifferenten Kollegen unbezwinglich.

## Die Tarifverträge.

III.

### Geschichtliches.

b. Anlaßlich der großen Metallarbeiteraussperrung in Bayern, die in einem gewissen Zusammenhang mit dem Erlaß der bayerischen Regierung an die Fabrik- und Gewerbeinspektoren stand, in dem die Tarifverträge empfehlend erwähnt wurden, erschienen zur Verfechtung der ablehnenden Haltung der Großindustriellen mehrere Schriften. In einer derselben wurde ausgeführt, daß die Tarifverträge schon im Mittelalter bestanden und sich als ein Hemmnis der gewerblichen Entwicklung erwiesen hätten. Diese Behauptung erwies die mangelhaften sozialpolitischen Kenntnisse des literarischen Soldateschen der Scharfmacher. Wohl gab es im Mittelalter zünftige Ordnungen der Arbeitsbedingungen und im Konzeptionszeitalter obrigkeitliche Bestimmungen über Arbeitsdauer und Löhne, aber sie besaßen nicht den Charakter der tariflichen Vereinbarung, sie waren auch in den weiteren wesentlichen Bestimmungsmomenten von den Tarifen unterschieden. Damals wurde die Höchstleistung der Unternehmer an die Arbeiter festgesetzt, es durfte kein Meister einem Gesellen mehr zahlen als die Ordnung der Zunft bestimmte, weil es sich um einen Meisterschutz, um eine Sicherung gegen die Konkurrenz handelte, während der moderne Tarifvertrag in der Regel festsetzt, was die Mindestleistung der Unternehmer an den Arbeiter zu sein hat. Unter diese darf — abgesehen von ausdrücklich festgestellten Ausnahmen — nicht gegangen werden, doch sind höhere Leistungen an die Arbeiter, geringere Anforderungen hinsichtlich der Arbeitszeit durch den Tarif nicht ausgeschlossen, wie die Praxis der Tarifverträge lehrt, wenn wir auch von zumeist nicht veröffentlichten Abmachungen der Unternehmer wissen, die sich gegenseitig binden, innerhalb des Rahmens der Tarifverträge keine oder bloß eng begrenzte Abweichungen der Entlohnung und anderer Arbeitsbedingungen zuzulassen.

Wir werden im Mittelalter und im Konzeptionszeitalter Bestimmungen anerkennen, die nur äußerlich eine entfernte Ähnlichkeit, aber eine vollständig verschiedene Beziehung mit den Tarifverträgen besitzen, dagegen Tarife nur dort aufzeigen können, wo eine kräftige, für die Arbeiter der betreffenden Industrie ausschlag gewinnende oder gebende Gewerkschaftsorganisation vorhanden ist. Deshalb kann in England die Tarifbewegung nur mehrere Jahrzehnte älter sein wie im Deutschen Reich, und hier können wir bloß auf wenige Jahrzehnte zurückgehen, wenn wir uns nicht auf die Feststellung von Ideen und Anregungen einlassen und bloß die Tatsachen sprechen lassen wollen.

Selbst wenn wir noch so weit zurückgehen wollten, werden wir über das Jahr 1848 nicht zurückkommen. In dem Jahre der großen deutschen bürgerlichen Revolution tauchten zahlreiche Bestrebungen auf, die Arbeiter gewerkschaftlich zu organisieren. Überall keimte und regte es sich, besonders kräftige Triebe der Gewerkschaftsbewegung finden sich im Buchdruckergewerbe, wo auch die Forderung tariflicher Regelung der Arbeitsbedingungen aufgestellt wurde, ja Tarife für ganz Deutschland ausgearbeitet und über diese mit den Unternehmern verhandelt und in großen Arbeitseinstellungen gerungen wurde, wenn auch vergeblich. Die mit gewaltiger Übermacht einsetzende und in rücksichtsloser Zerstörungswut erfolgreich einsetzende Reaktion vernichtete alle diese Ansätze. Die an den Namen Lassalle anknüpfende politische Arbeiterbewegung hält sich von gewerkschaftlichen Aufgaben ferne, erst die Schaffung des Koalitionsrechtes eröffnet der modernen Gewerkschaftsbewegung Entwicklungsmöglichkeiten, so daß die Geschichte derselben auf einen Zeitraum von rund 40 Jahren zusammengedrängt ist.

Sicherlich gab es vereinzelte Vorläufer der Tarifverträge vor dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung, wir kennen derartige aus der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung von S. und B. Webb. Raynaud führt in seinem Buche „Le contract de travail“ (zitiert bei Hüglin) einen Fall aus dem Jahre 1791 an, wo die Pariser Fußschmiedegesellen jedem einzelnen ihrer Meister nachstehendes Dokument zur Unterschrift vorlegten: „Ich bezeuge hiermit,

allen Hufschmiegegesellen, welche bei mir arbeiten werden, die Summe von 1 Kope 16 Solz täglich zahlen zu wollen unter der Bedingung, daß sie die Arbeit um 5 Uhr des Morgens beginnen und bis 7 Uhr des Abends fortführen werden." Vermutlich würde genaue Erforschung besonders im Baugewerbe eine Anzahl tarifartiger Abkommen aus der Periode vor der Koalitionsfreiheit aufzählen können, aber für die Geschichte der Tarifverträge haben diese Vorläufer ein Marktinteresse, aber nicht mehr. Zum Tarifvertrag, sowohl zu seinem ernsthaften Abschluß wie zur Garantierung seiner Einhaltung, sind Gewerkschaften mit öffentlicher Tätigkeit und moralisch verantwortlichen Organen erforderlich, somit ist das Koalitionsrecht eine Vorbedingung des Tarifabschlusses wie auch seiner Einhaltung.

Nicht die Unternehmer, die Arbeiter waren es, welche den Boden für den Tarifabschluß vorbereiteten. Man schalt und verfolgte die Gewerkschaften als die Verbindungen der Streikbrüder, aber gerade sie waren es, die die Verminderung der Arbeitsentlohnungen, die auf Jahre hinaus für das ganze Gewerbe vieler Orte abgeschlossenen kollektiven Arbeitsverträge zustande brachten. Den Unternehmern mußten die Tarifverträge abgerungen werden, sie haben sie nicht aus freien Stücken gewährt. Heute ist die Gewerkschaftsbewegung in vielen Gewerben so erstarkt, daß Tarifverträge vielfach ohne vorausgegangenen Lohnkampf abgeschlossen werden können; bis vor wenigen Jahren ging fast jedem Tarifabschluß die Arbeitsentlohnung, oft eine sehr langwierige, voraus.

Seitdem die Arbeiter das Kampfmittel des Streiks zum Zwecke der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen anwenden, endete jede erfolgreich durchgeführte Bewegung mit einem Abkommen über die künftige Gestaltung des Arbeitsvertrags für die Frieden schließenden Parteien. Die Arbeiter sahen sich aber nur zu oft genarrt; nach wenigen Wochen schon vergaßen häufig die Unternehmer, welchen Preis sie für die Wiederaufnahme der Arbeit zu zahlen versprochen hatten. Sie gingen mit Lohnabzügen, mit der Forderung einer Verlängerung der Arbeitszeit vor und zwangen die nun vereinzelt und ihnen ausgelieferten Arbeiter unter ihren Willen. Nicht selten entbrannten aus diesem Anlaß neue Kämpfe, in der Regel mußten sich aber die vor kurzem siegreichen Arbeiter knirschend unter das Joch der treulosen Unternehmer beugen, weil die Organisationen, die den Streik geführt hatten, durch den Kampf erschöpft oder an anderen Orten mit ihren Mitteln in Anspruch genommen wurden, oder weil der Streik von einer bloß zu diesem Zwecke zustande gekommenen Koalition geführt wurde, die nach dem Aufhören der Arbeitsentlohnung Macht oder gar Bestand verloren hatte. So ergab sich für die Arbeiter das Bedürfnis, nach Mitteln zu sinnen, um sich ihre im Kampfe gemachten Errungenschaften zu sichern. Die Stärkung der Gewerkschaften, die weitere Zugehörigkeit ihrer Mitglieder nach Erreichung eines nahen Zieles, die Ansammlung eines Kriegsfonds, der Ausbau der Kampfregeln in den Streikreglements waren die Methoden, um den Unternehmern den Vertragsbruch zu erschweren. All dies bildete auch die Voraussetzung für die formellen Vertragsabschlüsse zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen für ihre Tarifverträge. Daß diese immer mehr ausgearbeitet, mit immer mehr Garantien umgeben wurden, daß sie in immer klarere, willkürlicher Auslegung entzückter Form gebracht wurden, lehrt der Vergleich der Tarife von früher und von jetzt.

Die größten Leistungen auf dem Gebiet des Tarifabschlusses und der Tarifführung weisen die Buchdrucker auf, weil sie am frühesten diese Taktik eingeschlagen haben, so daß sie eher als bei den anderen Gewerkschaften Gemeingut aller Arbeiter des Gewerbes wurde, und weil sie die vortrefflich ausgebildete Organisation besaßen, als die meisten anderen Gewerkschaften an Mitgliederzahl, durchgebildeter Schulung der Massen und an Geldmitteln schwächliche Gebilde waren. Im Jahre 1848 zog die Bewegung der Buchdrucker die Aufmerksamkeit auf sich; in einer Petition an die deutsche Nationalversammlung stellten sie ein sozialpolitisches Programm auf; sie hielten Gewerkschaftskongresse ab, entwarfen einen Tarif, versuchten Verhandlungen über ihn mit den Unternehmern, führten deshalb einen großen Lohnkampf, gründeten einen Verband, gaben ein Gewerkschaftsblatt heraus, ja sie brachten einen lokalen Tarif in Leipzig zustande. Diese Reime konnten nicht vollständig von der Reaktion vernichtet werden. Neben den Tabakarbeitern waren die Buchdrucker die ersten, die — Mitte der sechziger Jahre — daran gingen, einen Zentralverband zu schaffen. Weitere lokale Tarife wurden abgeschlossen, Kienenkämpfe um einen deutschen Buchdruckerarif geführt; 1873 trat er in Kraft, aber manche Pausen unterbrachen die Zeit des kollektiven Arbeitsvertrags, der nun festgeankert ist und bei den Unternehmern nicht den mindesten Widerspruch findet. Die Tarifgeschichte der Buchdrucker ist nicht bloß deshalb bedeutungsvoll, weil sie den bestausgebildeten, alle Möglichkeiten berücksichtigenden, durch schießgerichtliche Inzungen gesicherten, über das ganze Reich ausgedehnten Tarifvertrag besitzen, sondern auch, weil während der Herrschaft des kollektiven Arbeitsvertrags sowohl die Druck- wie die Satztechnik durch die Einführung von Maschinen vielfach revolutioniert wurde. Es läßt sich sicherlich gegen Abschluß und Inhalt des Tarifvertrags der Buchdrucker auch von Anhängern der Tarife manches einwenden, aber die höchstausgebildete Form, die Ausdehnung des Verbreitungsgebietes, die Mittel zur Sicherung des Abkommens sind mustergültig und für die meisten Gewerkschaften noch ein weites Ziel. Ohne die Tarifgemeinschaft und die sie stützende Gewerkschaftsorganisation mit ihren reichen Mitteln und ausgedehnten Unterstühtungseinrichtungen wie der stark ausgebildeten Schulung und Disziplin der Gewerkschaftsmitglieder wäre die Arbeiter-

schaft dieses Gewerbes heute elend bezahlt und von einer dauernden Arbeitslosigkeit geplagt. Zu den Gründen für die Erfolge der Buchdrucker beim Abschluß der Tarifverträge gehören natürlich nicht bloß die Organisationsausbildung in diesem Gewerbe, die auch für die Unternehmer gilt, sondern auch technisch-wirtschaftliche Gründe, nach denen zu forschen wir nie unterlassen sollen, weil es falsch wäre, lediglich bei den Organisationen die Ursachen des verschiedenen Grades der Tarifausbildung zu suchen. Immer mehr wird das Buchdruckgewerbe für den Tag bestimmte Waren herstellen, die zahlreichen Zeitungen, Zeitschriften, Flugblätter, Broschüren, Zirkulare, ein erheblicher Teil des Merkantildrucks geht verloren, läßt sich nicht mehr nachholen, wenn durch eine Arbeitsentlohnung eine Unterbrechung eingetreten ist. So liegt es den Unternehmern sehr daran, die „Verfortsetzung“ sich zu sichern. Raum in einem Beruf hat die Schmutzkonkurrenz, die systematische Unterbietung der geschäftsbüchlichen Preise durch Druckereien, die mit Bezahlungen und niedrig bezahlten Gehilfen arbeiten, solchen Umfang angenommen wie in diesem Gewerbe, so daß eine große Unsicherheit Platz griff, was den Wert gleicher Produktionsbedingungen, sicherer Kalkulation den Unternehmern predigte.

Wenn im Baugewerbe zahlreiche Tarife seit langem bestehen, so ist dies nebst der Organisation und einem gewissen Zusammenhang der zünftigen Lohnsätze mit dem modernen tarifarisch festgelegten Lohn auf den Umständen zurückzuführen, daß durch unvorhergesehene Umstände — langen Winter, viele Regentage und dergleichen — die dem Gewerbe zur Verfügung stehende Zeit sehr eingeengt wird, so daß die Unternehmer weitere Unterbrechungen möglichst vermeiden mußten. Es mag auch hier Wertverminderung durch Bautenunterbrechungen, Geldschwierigkeit bei Unterbrechung des Spekulationsbaues eine Rolle spielen. Im Steinsehergewerbe ist der Mißstand einer lange aufgerissenen Straße offenkundig, im Gerbergewerbe ist die Gefahr des völligen Verderbens der Ware bei zu langer Dauer des Gerbprozesses, im Brauergewerbe ist die Macht des Konsumenten ein Faktor, der die Unternehmer zum Abschließen von Tarifverträgen beehrte. Ebenso einseitig wäre es, lediglich auf diese Umstände den häufigeren Abschluß der Tarifverträge zurückzuführen. Die Organisation, die den Lohnkampf unmöglich macht, die die Streikbrecher fernhält, die die Organe zum Abschluß und zur Überwachung der Tarifverträge liefert, ist unentbehrlich für den Übergang vom individuellen zum kollektiven Arbeitsvertrag.

Die technischen, wirtschaftlichen, Verkehrs- und Abnehmerverhältnisse erklären es aber, warum es in manchen Industrien früher, in anderen, wie in der Textilindustrie, in der Maschinen- und noch weiteren Industrien viel später zum Abschluß des Tarifvertrages kommt. Sicherlich ist heute die Bauindustrie eine Großindustrie mit sehr kapitalkräftigen Unternehmern, aber sie ist von den Massen abhängig, was in diesem Sinne für die meisten Großindustrien nicht gilt. Um in den Textil- und Maschinenindustrien Tarifverträge durchzusetzen, sind weit größere Kraftanstrengungen, viel mehr Mittel, Geduld und Ausdauer erforderlich als im Buchdruckgewerbe. Hier wird der Faktor Organisation eine weit größere Rolle spielen. Um nicht ungerecht manche Organisationen zu sein, ist es notwendig, die außerhalb der Arbeiterbewegung liegenden Gründe, die den Abschluß von Tarifverträgen erschweren, beziehungsweise erschweren, nicht aus dem Auge zu verlieren.

Solange die Gewerkschaften schwächliche Gebilde sind, werden sie keine Tarife zustande bringen, deshalb haben wir in der Periode vor Verhängung des Sozialistengesetzes und unter seiner Herrschaft nur wenige Tarife zu verzeichnen, so bei den seit länger, wohl noch aus der Zukunft organisieren Arbeiter der Textil- und Maschinenindustrie, dann bei den Leinwand-, Seiden- und der Modestoffindustrie und bei den haugewerblichen Arbeitern und, wie schon eingehender dargestellt, bei den Buchdruckern. Die ersten Jahre nach Aufhebung des Ausnahmegesetzes waren Zeiten schwerer Krise und weitverbreiteter Arbeitslosigkeit, die sich für gewerkschaftliche Erfolge und für den Abschluß von Tarifverträgen wenig eigneten. Es war unter diesen Verhältnissen erklärlich, daß unter den Arbeitern, selbst unter den Leitern der gewerkschaftlichen Organisationen wenig Sympathie und Verständnis für die Tarife vorhanden war. Um die Mitte der 1890er Jahre beginnt eine bis heute nur kurz unterbrochene Periode der Prosperität für die deutsche Volkswirtschaft. Eine gewaltige, oft nur schwer zu befruchtende Nachfrage nach Arbeitskräften tritt ein, Hunderttausende strömen den Gewerkschaften zu, die Organisationen werden weiter gekräftigt durch erhöhte Leistungen der Mitglieder und durch den Ausbau ihrer Einrichtungen. Zahlreiche Streiks werden erfolgreich geführt, vielfache Erfolge können unter Vermeldung der Arbeitsentlohnung erzielt werden, die Anschauungen über die Tarife ändern sich vollkommen. Tausende kollektive Arbeitsverträge werden abgeschlossen, für Hunderttausende Arbeiter werden die Arbeitsbedingungen in Abkommen von Organisationen zu Organisationen festgelegt, auf Millionen anderer Arbeiter üben diese Verträge indirekt günstige Wirkungen.

In einem späteren Kapitel werden wir statistisches Material vorführen über die Verbreitung der Tarifverträge im Deutschen Reich.

### Umwälzungen in der Geigenfabrikation.

a. S. Nach den Berichten in einer Anzahl bürgerlicher Blätter stehen für die nächste Zeit ganz bedeutende Umwälzungen in der Geigenindustrie im Vogtlande und besonders dem für diese Fabrikation bedeutendsten Sitz Marktneukirchen bevor. Hier hat sich in der Hauptsache noch, soweit die Arbeitsmethode in Betracht kommt, die hand-

werkmäßige Produktionsweise erhalten. Vom wirtschaftlichen Standpunkt betrachtet ist die Stellung der sogenannten Handwerksmeister nichts anderes als die eines Arbeiters, in vielen Fällen sogar als die von außerordentlich schlecht gestellten Arbeitern. Was in erster Linie als Voraussetzung für die Stellung des selbständigen Handwerksmeisters zu betrachten ist, nämlich daß der Meister den Preis für seine Produkte bestimmt, fehlt hier vollständig; das besorgt einzig und allein der Händler. Daß sich die Händler diese ihre Stellung zunutze gemacht haben, beweist wohl unter anderem die Tatsache, daß Marktneukirchen eine verhältnismäßig große Zahl von Millionären unter seinen Einwohnern aufzuweisen hat.

Ein Charakteristikum der Geigenindustrie, welche sie von sonstigen handwerksmäßigen Betrieben unterscheidet, die Arbeitsteilung, muß hier kurz erwähnt werden. Die Arbeitsstellung ist nicht erst eine Errungenschaft der neueren Zeit, sondern sie trat bereits im 18. Jahrhundert in Erscheinung. Nach den Angaben des Lehrers Weller in seiner Schrift „Marktneukirchen und Umgebung in Wort und Bild“ soll sehr bald, nachdem die Klingenthaler Geigenmacher im Jahre 1716 eine eigene Zunft gründeten, die Erzeugung eine massenhafte geworden und sehr bald die Arbeitsstellung eingetreten sein. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Während vor Gründung der Zunft ein Geigenmacher eine Geige mit allen ihren Teilen selbständig fertigte, leichte Handgriffe und Handreichungen von seiner Frau oder anderen Familienmitgliedern erhielt, nach der Gründung eine zunftgemäße Teilung zwischen Meister, Gesellen und Lehrlingen eintrat, lösten sich im weiteren Fortgange einzelne Teile des Geigenbaues auch räumlich voneinander, so daß es schon vor Beginn unseres Jahrhunderts besondere Werkstätten für die Verfertigung von Wirbeln, Griffbrettern, Stegen und Saitenhaltern gab usw.“

Trotz dieser Entwicklung, welche ein fortgesetztes Herabsinken des Handwerkers in seiner sozialen und wirtschaftlichen Stellung im Gefolge hatte, konnte und kann sich der Geigenmacher, das heißt der Verfertiger einzelner Bestandteile von seinen alten überlieferten Anschauungen nicht befreien. Daß die eigentlichen Herren der Produktion die Händler, und soweit die Herstellung einzelner Teile, wie besonders der Saiten, bereits zur Gründung von Fabriken führten, die Fabrikanten, der Erhaltung und Förderung dieser Anschauungen behilflich sind, nimmt weiter nicht wunder.

Mit besonderer Hartnäckigkeit suchte man bisher jede angekündigte neue Erfindung von Maschinen für die Herstellung von Geigen respektive der verschiedensten Bestandteile derselben wegzudisputieren. Wehe demjenigen, welcher es vielleicht versuchen wollte, unter Hinweis auf die gleichen Vorgänge in anderen Berufen der angekündigten Entwicklung das Wort zu reden. Man betrachtete denselben einfach als Narr, und selbst wenn an dem üblichen blauen Montag-Stammtisch sich einer befinden sollte, dem die Sache doch nicht so ganz unmöglich scheinen will, er findet nur mitleidig lächelnde Gesichter. Noch ein Glas auf die Kunst des Geigenbaues und die Selbständigkeit des Handwerkers und die Gefahr ist beseitigt.

Und während man so in den Kreisen der Instrumentenmacher und sogenannten selbständigen Meister die Entwicklung wegdisputiert, schreitet dieselbe unaufhaltbar weiter. Schon vor Jahresfrist errichtete eine Gesellschaft von Aktionären, die wohl zum größten Teil, wenn nicht vollständig aus Marktneukirchner Händlern besteht, eine bedeutende Fabrik an der Wernthgrünerstraße. Die hierdurch hervorgerufene Aufregung in den Kreisen der Instrumentenmacher soll nach den Behauptungen bürgerlicher Zeitungen sich wieder gelegt haben, nachdem die leitenden Herren die Erklärung abgegeben hatten, daß das Unternehmen nicht eine Konkurrenz der „selbständigen“ Geigenmacher sein, sondern Marktneukirchen nur von Böhmen, welches bisher verschiedene Bestandteile geliefert habe, unabhängig machen soll.

Wer will es den Aktionären verdenken, wenn sie die so oft sich in ihrem Interesse bewährte Leichtgläubigkeit der Instrumentenbau treibenden Bevölkerung auch diesmal wieder für sich auszunutzen versuchten. In welchen Industrien hat man es nicht genau ebenso gemacht. Solche Erklärungen sind eben wohlfeil und verpflichten später zu gar nichts. Wenn der rechte Augenblick für die Herren gekommen sein wird, werden sie schon wissen, was sie im Interesse und zur Steigerung ihres Profits zu tun haben. Wenn sie dann immer noch Gläubige finden, die ihren Worten glauben, wird es den Herren an einer schönen Erklärung durchaus nicht fehlen. Im übrigen haben sich die Leiter kapitalistischer Unternehmungen von Sentimentalitäten noch nie beeinflussen lassen.

Vor kurzem nun hat sich der Bevölkerung von Marktneukirchen und Umgebung, ja man kann wohl mit Recht behaupten eines großen Teiles des Vogtlandes wiederum eine weit größere Unruhe als in allen früheren Fällen bemächtigt. Amerikanische Dollarmillionäre sollen mit einem ungeheuren Kapital (man spricht von 72 Millionen Mark, in einigen bürgerlichen Zeitungen wurde sogar von 75 Millionen Dollar geschrieben) die Herstellung von Geigen betreiben wollen. Für die größere Öffentlichkeit wurde dieses Unternehmen durch Inserate in den lokalen Zeitungen, durch welche erfahrene Geigenmacher für einen Wochenlohn von 85 Mk. gesucht wurden, bekannt.

Hätte sich jemand einen Scherz erlaubt und den Untergang Marktneukirchens an einem bestimmten Tage verkündet, er würde gewiß nicht weniger Gläubige gefunden haben, wie der Veranlasser der erwähnten Inserate. 85 Mk. Wochenlohn für Geigenmacher, das ist unerhört, das ist ja

das Doppelte, was bisher bezahlt worden ist. Da hat sich so ein Witzbold mal wieder einen Spaß gemacht; doch die Inserate tragen eine Namensunterschrift, und einige materialistisch Gesinnte versuchen es, den Mann auf die Probe zu stellen. Und siehe da, sie werden eingestuft mit 35 Mk. Wochenlohn. Das Unglaubliche ist Wahrheit. Was nun? Die Tatsachen sind nicht zu leugnen. Man muß versuchen, nachzuweisen, daß das Unternehmen nicht existenzfähig ist; doch während man sich abmüht, hierfür die Beweise aufzutreiben, locken die 35 Mk. Wochenlohn immer mehr Geigenmacher, und zwar die tüchtigsten, in „amerikanische“ Dienste. Schon ist das erste Duzend voll und das zweite neigt sich auch dem Ende zu. Man muß zu anderen Mitteln greifen. Hinaustreiben kann man diese gottverdammten Amerikaner nicht, das läßt die nun leider in Sachsen gültige Gewerbefreiheit nicht zu. Doch wir Sachsen sind bekanntlich Gemütsmenschen, und die Instrumentenmacher von Markneukirchen nicht minder, und da man erst vor wenigen Monaten die nationalpatriotische Seite dieses Gemüts so erfolgreich angestimmt hatte, versuchte man es dieses Mal mit der lokalpatriotischen Seite. In einem „Eingekauft“ im „Markneukirchner Anzeiger“ bat man die Geigenmacher aus Lokalpatriotismus, ja nicht bei diesen Amerikanern in Arbeit zu treten.

Wenn die Sache nicht so ernst wäre, könnte man wirklich über ein solches Verlangen lachen. Keinem Unternehmer wird man es ernsthaft zumuten, aus patriotischen und gar noch lokalpatriotischen Gründen davon Abstand zu nehmen, sein Kapital dort anzulegen, wo es am vorteilhaftesten für ihn ist. Dem Arbeiter mutet man aber zu, darauf zu verzichten, sein Kapital, das heißt seine Arbeitskraft so vorteilhaft wie möglich anzulegen. Übrigens behaupten böse Zungen bereits, daß auch ein gut Teil echt deutsches Kapital an dem Unternehmen beteiligt sei. Sei dem wie ihm wolle, dieses Mal versagte der Appell an das Gemüt, und so mußte man auf andere Mittel sinnen. Man versucht es, das Unternehmen dadurch unmöglich zu machen, daß man es ihm erschwert, ein Unterkommen zu finden. Der Unternehmer, welcher ankündigte, mit dem Bau der Fabrik baldmöglichst zu beginnen, versuchte, bis zur Fertigstellung derselben in gemieteten Räumen die Produktion fortzusetzen, doch mit allen Mitteln sucht man es zu hintertreiben, daß ihm Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Selbst zu außerordentlich hohen Mietpreisen soll es bisher nicht gelungen sein, die erforderlichen Lokalitäten zu erhalten. Auch die Stadtverwaltung von Markneukirchen scheint sich nicht nur keine Mühe zu geben, das Unternehmen zu fördern, man spricht sogar vom Gegenteil. Sollte dieses Gerücht auf Wahrheit beruhen, so würden wir einen solchen Standpunkt einer Stadtverwaltung nicht verstehen können, um so weniger, als andere Orte, darunter auch die Stadt Schönbach in Böhmen, eifrig bemüht sind, das Unternehmen an sich zu ziehen. Wie verlautet, soll die Verwaltung der Stadt Schönbach dem Unternehmer zum Bau der Fabrik unentgeltlichen Grund zur Verfügung gestellt und auf sechs Jahre von städtischen Steuern befreit haben.

Es ist schließlich nicht ausgeschlossen, daß, wenn die Gehe gegen das Unternehmen weiteren Erfolg haben sollte, dieses wo anders ein Unterkommen suchen und zweifellos auch finden wird. Ob dieses für die wirklich produktiv tätigen Instrumentenarbeiter von Vorteil sein wird, darf wohl mit Recht bezweifelt werden. Für sie dürften aber die Vorgänge Anlaß zum Nachdenken geben. Es wird bewiesen, daß man sie bisher um den größten Teil ihrer Hände Arbeit betrogen hat. Es steht weiter fest, daß die Industrie sehr wohl erheblich höhere Löhne bezahlen konnte. An den Instrumentenmachern wird es liegen, ob sie die nötigen Lehren aus den Vorgängen ziehen werden. Am feinsten nicht, so werden sie und ihre Nachkommen die Betrüger sein.

### Soziales.

#### Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

Mannheim, den 22. August 1907.

Die 14. Jahresversammlung deutscher Ortskrankenkassen war diesmal nach Mannheim einberufen. Der von Frähdorf-Dresden erstattete Geschäftsbericht gibt uns erfreuliche Kunde von dem Wachstum des Verbandes, dem jetzt 235 Ortskrankenkassen und Verbände angehören, die über vier Millionen Mitglieder zählen: mehr als vier Fünftel aller Mitglieder der Ortskrankenkassen Deutschlands gehören also jetzt dem Zentralverband an. Auch der Kongress selbst zeigte uns durch seine starke Beschickung, daß das Interesse der Ortskrankenkassen ständig steigt und bei einem etwaigen Angriff das Selbstverwaltungsrecht der Kassen mit aller Energie zu verteidigen bestrebt sind. 336 Delegierte von 148 Ortskrankenkassen waren erschienen. Ministerialdirektor v. Red-Karlruhe begrüßte die Versammlung im Namen der badischen Regierung in herzlichen Worten, ebenso Bürgermeister v. Hollander-Mannheim im Namen der Stadtgemeinde. Als Vertreter der österreichischen Krankenkassen war Genosse Windholz-Wien erschienen, der die Grüße der Österreicher überbrachte und sich über das Erstarken der Bewegung in Deutschland freute.

Auch die Tagesordnung des Kongresses selbst bot viel Interessantes. Vor allem die Ärztefrage, die ja alle Krankenkassen unausgesetzt beschäftigt. Cohen-Berlin referierte über „Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten“. Nicht weil die Sache der Ärzte eine gerechte gewesen, sei der Kampf gegen sie an den verschiedensten Orten zu ihren Gunsten ausgefallen, sondern weil die Regierung für sie stets Partei angenommen und die

Kassen zum Frieden gezwungen habe. Die „Tagesblätter“, „Monatsblätter“ usw., ja sogar die Witzblätter haben sich meist in Dienst der Ärzte gestellt. Der Arztstreit wurde sogar in Romanform „behandelt“. Der Referent, ein Gegner der freien Arztwahl, führte an der Hand von zahlreichen Berichten der Ortskrankenkassen aus, daß dieses System geradezu den Ruin der Kassen bringe. Überall sind die Kosten für Arznei, die Krankenunterstützung usw. gestiegen. Die von der Versammlung angenommene Resolution protestierte deshalb mit Entschiedenheit gegen die Absicht, die freie Arztwahl gesetzlich allgemein einzuführen. Sie fordert eine Änderung der sich auf den ärztlichen Beruf erstreckenden Bestimmungen der Gewerbeordnung, solange die Krankenkassen zur Gewährung freier ärztlicher Hilfeleistung gezwungen sind und somit den Ärzten gegenüber willenlos gemacht sind. Der Staat müsse auch für die Möglichkeit der Erfüllung dieser Pflichten Sorge tragen, daß er die Bezahlung einer staatlichen Minimalrate zur ärztlichen Hilfeleistung gegenüber den Kassenmitgliedern regelt. Frei von jeder Ärztefeindschaft erkläre deshalb auch der Kongress, daß der Ärzteschaft noch große Aufgaben auf dem Gebiet der Versicherungsgeetze, Gewerbehygiene, Fabrik- und Wohnungskontrolle bevorstehen. Das Interesse der versicherungspflichtigen Bevölkerung dürfe aber nicht zugunsten eines einzelnen Standes geschädigt werden.

In der Debatte gab Graf-Frankfurt seiner Freude darüber Ausdruck, daß kein Redner sich auf den Standpunkt der vorjährigen Versammlung gestellt und die Ablösung der freien ärztlichen Hilfeleistungen in bar gefordert habe. Die Gewährung freier ärztlicher Hilfe sei ein Kulturfortschritt, den die Krankenkassen so lange noch zu fördern haben, bis sich die Gesellschaft, der Staat selbst auf seine Pflichten besinnt, auch für diese Zwecke Geld übrig hat.

Über den Entwurf eines Reichsapothekengesetzes referierte Herr Apotheker Staller-Charlottenburg, der als Fachmann, Freund und Berater der Krankenkassen treffend den heutigen Zustand und die Absichten der Regierung kennzeichnete. Eine durchgreifende Neuordnung des ganzen Apothekenwesens sei dringend nötig. Im Regierungsentwurf sei aber keine Lösung dieser Frage zu erblicken. Statt wirklicher Vorteile für die Konsumenten bringe der Entwurf eine Reihe polizeilicher und behördlicher Reglementierungen, die unbegreiflich und überflüssig erscheinen. Wichtiger sei es dagegen, darauf zu dringen, daß Vorschriften über die Arzneistoffe, die jede Apotheke führen muß, erlassen werden, daß auch Vertreter der Krankenkassen in die Taxkommission zur Feststellung der Preise gewählt werden müßten, daß auch die Gemeinden, Krankenkassen usw. eigene Apotheken errichten könnten, jede Apotheke gezwungen sei, jedes ordnungsmäßige ärztliche Rezept auf Kredit auszuführen zu müssen, sofern durch Hinterlegung eines Vorschusses bei einer amtlichen Behörde Sicherheit zur Zahlung gegeben ist, Regelung der Abgabe fabrikmäßig hergestellter Spezialitäten usw.

Erfreulich war es jedoch, daß die ganze Jahresversammlung sich durch Annahme einer Resolution auf den Standpunkt stellte, daß „als einzige, den Interessen der Allgemeinheit dienbare Form des Apothekenmonopols, unter Wegfall auch der veräußerten Privilegien und Realzessionen — die Kommunalapothekenzu bezeichnen sei“.

Das dritte Referat: „Ausbildung der Kassenbeamten in der gesamten Arbeiterversicherung“ hielt Graf-Frankfurt a. M. Nachdem durch Annahme des Tariffs die ökonomischen Verhältnisse der Kassenbeamten endlich geregelt worden seien, müsse jetzt auch der Frage der weiteren Ausbildung eine größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Auch die Feinde der Selbstverwaltung der Kassen sind in dieser Frage bereits tätig. Dr. Ringdun und Genossen den „Ausschüßigen internationalen Versicherungsverband“ in Rom diese Frage bereits unterbreitet haben. Die Absicht der Scharmacher sei ja doch nur, Militärärzte, Gendarmen a. D. an die Kassenhalter zu stellen. Was aber die Krankenversicherung im Gegensatz zur Unfall- und Invalidenversicherung endlich populär gemacht habe, sei eben die Selbstverwaltung, die jede Bureaucratie ausschließe. Die Hilfskassen, demokratischer noch verwaltet, haben ihre Geschäfte im Ehrenamt führen, sogar die Krankenbesucher selbst wählen lassen. Das Vertrauen der Versicherten stützt sich auf dieses System, waren doch diese Funktionäre Kollegen, Freunde, Fleisch von ihrem Fleisch, die auch ihre soziale Lage empfanden und verstanden haben. Die größeren Kassen, Zwangskassen, müßten Beamte anstellen, da eine Verwaltung im Ehrenamt nicht mehr möglich war. Der Kassenbeamte ist deshalb ein Mittelglied, ein Vermittler zwischen Kassenmitglied und Vorstand geworden. Seine Aufgabe würde aber von Jahr zu Jahr schwerer, da die ganze Sozialgesetzgebung immer komplizierter würde, er nicht allein die Krankenversicherung, auch die Unfall-, Invalidengesetze, Gewerbeordnung, Zivilrecht, Strafprozeßordnung usw. kennen müsse. Der Kassenbeamte müsse ein Berater des Kranken, des Unfallverletzten usw. sein. Dies liege ja auch im Interesse der Kasse selbst, stärke das Vertrauen der Mitglieder. Die Beamten müßten deshalb aus den Reihen der Kassenmitglieder, dem arbeitenden Volke entnommen werden, welches viele fähige Kräfte zur Verfügung stellen könne.

Den Kassenbeamten müßte aber auch Gelegenheit zur Fortbildung gegeben werden, um alle Fächer der Versicherungsgeetze usw. kennen zu lernen und auf dem laufenden zu bleiben. Mehr Aufmerksamkeit müßte deshalb einer guten Kassenbibliothek geschenkt werden, damit die Beamten Gelegenheit zum Studium haben. Fachliteratur sei schon genügend vorhanden und müsse den Beamten zugänglich gemacht werden, alle Entscheidungen der Aufsichtsbehörden in Bureau zirkulieren. Weiter sei für Vorträge abzuhalten Gelegenheit zu geben. Ob die Prüfung der Kassenbeamten, wie dies in

verschiedenen Kassen, wie Leipzig, Dresden usw. geschehe, einen praktischen Wert habe, bleibe eine offene Frage, da Theorie und Praxis oft verschieden sei. Auf alle Fälle sollten aber alle Versuche unternommen werden, die Beamten so auszubilden, wie dies das Wohl und Wehe der Versicherten und Kasse erfordere.

Nach einer anschließenden Diskussion wurden die gestellten Anträge auf Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes erledigt. Die Ortskrankenkasse Leipzig beantragte zu § 82 des Krankenversicherungsgesetzes, den Kassen die Befugnis einzuräumen, in ihnen geeignet erscheinenden Fällen von den Unternehmern die Einzahlung eines Vorschusses auf die zu zahlenden Beiträge zu verlangen. Der Antrag sollte zur Sicherung der Beiträge dienen, die speziell im Baugewerbe so viel verloren gehen; er fand nach lebhafter Diskussion Annahme.

Die Ortskrankenkasse Frankfurt a. M. forderte wieder die Abänderung des § 82 II. des Krankenversicherungsgesetzes, da eine Rücklage von 10 Prozent zum Reservefonds eine Härte sei, ein Betrag von 5 Prozent genüge. Auch dieser Antrag fand Zustimmung.

Die Invalidenversicherungspflicht auch auf die Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende auszu dehnen, wünscht die Ortskrankenkasse zu Köln. Es sollten aber alle Heimarbeiter, nicht nur die Schneider, wie die Antragsteller meinten, in die Versicherung einbezogen werden. Als Versammlungsort für das nächste Jahr wurde Braunschweig bestimmt.

X. Die Landarbeiterflucht in Ostpreußen. Die ostpreussische Landwirtschaftskammer hat Erhebungen angeestellt über den Verbleib der in den Jahren 1895 und 1900 aus den dortigen Landtschulen entlassenen Kinder. Es gelang ihr, den derzeitigen Beruf und Wohnort von 22964 gleich 84,9 Prozent der Schulentlassenen aus dem Jahre 1900 zu ermitteln. Dabei stellte sich heraus, daß drei Fünftel davon der ostpreussischen Landwirtschaft als Arbeitskräfte verloren gegangen waren. Über ein Viertel hatte die Provinz endgültig verlassen, um im westdeutschen Industriegebiet Arbeit zu suchen. Ein anderer Teil ist in die größeren Städte der Provinz gezogen. Auch von den in den kleineren Orten der Provinz Verbliebenen hat sich ein beträchtlicher Teil eine nichtlandwirtschaftliche Existenz gesucht. — Auch von dem Jahrgang 1900, von dem 32154 gleich 91,7 Prozent ermittelt wurden, sind nur zwei Fünftel landwirtschaftliche Arbeiter geblieben, ein Fünftel ist nach dem Westen, der Rest nach den Provinzstädten gewandert. Für das Jahr 1905/06 schätzt die Landwirtschaftskammer den Verlust der ostpreussischen Landwirtschaft auf 2450 Familien und 10270 junge lebige Arbeitskräfte, das heißt (die Familie zu 5 Köpfen gerechnet) auf insgesamt 22520 Köpfe. — Die Gutsherren schreiben nach Einschränkung der Freizügigkeit, Befragung des Kontraktbruchs und ähnlichen Maßregeln zur festeren Bindung „ihrer“ Leute. Sie werden damit nur erreichen, daß der Drang, aus der wirtschaftlichen und politischen Sphäre der „angestammten Herrschaft“ herauszutreten, bei der Landarbeiterbevölkerung immer stärker wird.

### Verbandsnachrichten.

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Sozialbeitrags erteilt, und zwar ab 1. September: Demnitz 5 Pf., Eisenach 10 Pf.; ab 1. Oktober: Forst 10 Pf., Goyerswerda 5 Pf.; ferner ab 1. Oktober Raschau 10 Pf. pro Monat.

Die Bevollmächtigten in allen Zahlstellen werden hierdurch daran erinnert, daß der Monatsbericht für August über die Zahl der Arbeitslosen usw. spätestens am 4. September zur Post gegeben werden muß, wobei wir wiederholentlich darauf hinzuweisen, welche keine arbeitslosen Mitglieder aufzuweisen hatten. In solchem Falle ist nur die Mitgliederzahl der Zahlstelle auf der Karte anzugeben.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 28 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die rechtzeitige Meldung nicht versäumt. Bei unterstützungsberechtigten Mitgliedern gilt der Tag der Meldung in allen Fällen als Beginn der Arbeitslosigkeit; nach Ablauf von sieben Tagen nach der Meldung beginnt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 26080 Gustav Thiele, Korbm., geb. 20. 4. 84 zu Mühlberg.
  - 73888 Karl Räuber, Knapfm., geb. 18. 11. 82 zu Seehausen.
  - 158886 Joh. St. Reinert, Tischler, geb. 1. 4. 79 zu Ansbach.
  - 209211 Woleslaw Schulz, Tischler, geb. 4. 9. 79 zu Posen.
  - 210877 Oskar Anglaube, Tischler, geb. 20. 9. 88 zu Grünberg.
  - 241084 Klemens Diederich, Tischler, geb. 19. 4. 86 zu Geismar.
  - 243564 Josef Behtemayer, Tischler, geb. 17. 2. 81 zu Langensdorf.
  - 250265 Paul Scholz, Drechler, geb. 26. 10. 85 zu Haynau.
  - 252646 Rudolf Engel, Tischler, geb. 29. 11. 70 zu Bredow.
  - 266101 Lubow. Diedmann, Tischler, geb. 7. 11. 87 zu Lübeck.
  - 281297 Fritz Höhenberger, Tischler, geb. 14. 5. 87 zu Hof.
  - 297978 Ernst Schönel, Tischler, geb. 19. 9. 74 zu Bitterfeld.
  - 298952 Fr. E. Rose, Tischler, geb. 4. 6. 55 zu Meuselbach.
  - 308792 Franz Wasedow, Schiffszimmerer, geb. 25. 10. 78 zu Wahlen.
  - 341392 Joh. Stahl, Tischler, geb. 14. 9. 89 zu Obervorkach.
  - 370168 Willy Klever, Tischler, geb. 24. 1. 88 zu Stettin.
- Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

Korrespondenzen.

Auerbach i. Vogtl. Am 20. August fand die regelmäßige Monatsversammlung statt. In derselben wurde lebhaft Klage geführt über den schlechten Besuch der letzten öffentlichen Versammlung, welche zurückzuführen ist auf den Individualismus der Unorganisierten, sowie auch eines Teiles der Verbandskollegen selbst. Hierin Wandel zu schaffen, müßte die erste Pflicht der Kollegen sein. Die schlechten Löhne, die überlange Arbeitszeit, die unregelmäßige Lohnzahlung sowie die Behandlung der Kollegen sollten eigentlich von selbst das Interesse an der Organisation wecken. Leider ist das nicht der Fall, und es bedarf einer unausgesetzten Agitation, welcher sich alle Verbandsmitglieder widmen sollten. Von einer Besessenen wurde Klage geführt über das trostlose Aussehen des Abortes. Nachdem noch einige Anzeigen über die Verbandsmitglieder, bewilligte die Versammlung 10 Mk. für die ausgesperrten Tabakarbeiter in Gießen.

Bremerhaven. (Schiffszimmerer.) In der Sektionsversammlung am 15. August referierte der Genosse Merlich über die Entstehung der gewerkschaftlichen Organisationen und ihre Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft. Nachdem er in großen Zügen ein Bild von der Entwicklung der Gewerkschaften entworfen, kam der Referent auch auf das Gerede einiger Vögel zu sprechen, die nach dem Ausgang der letzten Kämpfe in den Unterwerfungen behaupten, die Organisationen seien nicht mehr in der Lage, große Kämpfe siegreich durchzuführen. Diese Kämpfe, so führte er aus, sind aber nur scheinbar verloren, denn wenn diese Kollegen ehrlich sein wollten, müßten sie anerkennen, daß die Forderungen, die diese Kämpfe veranlaßten, später von den Unternehmern doch zugestanden wurden. Es werde doch wohl keiner die Behauptung aufstellen wollen, daß die Unternehmer aus freien Stücken den heutigen Lohn zahlen. Das geschieht nur, um so aus den ihnen unliebsamen, immer wiederkehrenden Kämpfen herauszukommen. Man sieht das am besten, wenn man sich nach den Gegenden wendet, wo die Arbeiterklasse noch unorganisiert ist, dort stehen die Arbeitsverhältnisse noch auf einem sehr tiefen Niveau. Jetzt gilt es, den Nebel anzusehen, um die noch fernstehenden Kollegen der Organisation zugänglich zu machen. Ein großes Arbeitsfeld liegt noch vor uns. Jeder Kollege muß es als seine Hauptaufgabe betrachten, den Gewerkschaften neue Kämpfer zuzuführen. Alle Kräfte müssen angespannt werden, dann wird das Unternehmertum einsehen müssen, daß es ohne die Arbeiterorganisationen nicht mehr die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einseitig diktieren kann. Unsere Organisationen werden in Zukunft einen großen Machtfaktor im wirtschaftlichen Leben bilden. Welcher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Cottbus. Es ist hohe Zeit, daß sich auch die Pantinmacher aufraffen und daß ihnen die waurige Lage zum Bewußtsein kommt, in der sie leben. Eine Besserung kann nur eintreten, wenn sich die Kollegen alleamt dem Deutschen Holzarbeiterverband anschließen. Haben sich doch auch die Unternehmer zusammengeslossen, um ihre Preise zu erhöhen. Besonders miserabel sind die Verhältnisse, unter welchen die Kollegen in den kleineren Orten noch arbeiten müssen, aber auch in den größeren Städten ist noch so gut wie nichts erreicht. Nur in verschwindend wenigen Fällen konnte unter schweren Kämpfen etwas errungen werden. Dagegen wissen die Unternehmer ihre Interessen besser zu wahren. Das zeigte der Versammlungsbericht von Wriezen Nr. 16 des „Zentralblatt des Verbandes deutscher Holzschuhfabrikanten“. Da heißt es unter anderem: „Wiederum aber wir ein großes Stück Arbeit vollendet, zum Wohle unseres Gewerbes. Ich muß nun noch zurückgreifen auf die Bezirksverbandsversammlung in Halle a. S. Als ich dort für eine „abermahlige“ Erhöhung der Verkaufspreise sprach, antworteten mir die Kollegen von Halle und Magdeburg: „Vorläufig ist nicht daran zu denken.“ Nun sehen sie es, liebe Kollegen, durch große Mühen haben wir erreicht, seit dem 5. Februar 1900 unsere Preise viermal erhöhen zu können. Den Verbandsmitgliedern habe ich noch mitzuteilen, daß sich ein neuer Verein bilden will in Brandenburg a. S., der in einem Schreiben den Beitritt zum Verband erklärt.“ — Man sieht also, die Unternehmer sind überall auf dem Posten, und wir sollten uns an ihnen ein Beispiel nehmen. Aber wer von uns hat seit Februar 1900 normal Lohnzulagen erhalten? Ich glaube keiner. Wenn aber die Unternehmer ihre Preise um 10 Prozent erhöhen und wir nur ein Prozent davon für uns verlangen, ja, dann bedarf es erst harter Kämpfe. Und dann heißt es noch zum Spott und Hohn für uns, die „Arbeiter“ machen die Waren teuer. In neuerer Zeit ist den Hölzernschneidern noch eine schwere Konkurrenz in den Hölzernfabriken entstanden, welche durch Maschinen und gestützt auf äußerlich niedrige Löhne die Handarbeit zu verdrängen suchen. Darum seid überall auf der Hut, rafft eure Kraft zusammen, giltet unablässig für den Deutschen Holzarbeiterverband. Und wenn an uns der Ruf ergeht, die angefordigte Konkurrenz zu beschicken, dann wollen wir mit Eifer darauf bedacht sein, unsere Interessen zu wahren. Wir wollen aber mit einer intensiveren Agitation nicht warten bis zum Starten einer Konferenz, sondern uns jetzt schon mit Eifer der Agitation widmen. Frisch ans Werk. Vorwärts!

Dresden. (Modellschüler.) Am 18. August fand hier die öffentliche Versammlung statt, in welcher Arbeiter- und Arbeitervereine einen Vortrag über gewerbliche Arbeiterrechte und Gewerbeverhältnisse hielt. Die Versammlung war diesmal gut besucht, nach längerer Zeit einmal wieder; hoffentlich seien die Kollegen nun ihren alten Schlandvater beiseite gelassen und besuchen immer die Versammlungen mindestens so zahlreich wie am letztenmal. Eine Besserung der recht schlechten Verhältnisse ist nur möglich, wenn sich die Kollegen rege am Vereinsleben beteiligen und sich nicht gegenseitig in den Werkstätten in den Haaren liegen; der lachende Dritte ist aber immer der Unternehmer. Viele Kollegen außerhalb Dresdens scheinen zu glauben, hier in unserem schönen Abfloss sind die Verhältnisse recht gute, o ja, wenn man nur recht viel Geld hat zum Leben, da ist's hier ganz hübsch, aber wenn die Kollegen hier in Arbeit treten, merken sie recht bald die Enttäuschung, da die Löhne lange nicht den eigenen Verhältnissen angemessen sind. In letzter Zeit wird Dresden wieder recht sehr von fremden Kollegen aufgesucht, welche sich vorher nicht bei der Ortsverwaltung oder der Sektionsleitung erkundigt haben. Diese müssen dann lange

auf Arbeit warten, da bei uns das Umschauen nicht erlaubt ist, die Kollegen werden nur der Reihe nach vom Arbeitsnachweis im Volkshaus vermittelt, und dort sind durchschnittlich 8 bis 10 arbeitslose Kollegen vorhanden. Auch die Offertenschreiber an die Unternehmer steht in schönster Blüte, manche Kollegen scheinen nicht leben zu können, wenn sie nicht jede Woche an ein paar Meister wegen Arbeit schreiben. Dieselben halten dann ihren Gefellen die Schmiererei hin mit den Worten: Wenn's euch nicht paßt, hier haben sich schon wieder so viele gemeldet, die wollen alle bei mir arbeiten. Die Kollegen müßten doch bedenken, daß es beschämend ist, wenn einer seine Arbeitskraft überall anbietet wie ein Hausierer seine Ware, hat doch ein Meister in der vergangenen Woche nicht weniger wie 26 Stück solche Angebote erhalten. Auch über die beiden größten Modellfabriken am Orte muß noch einiges gesagt werden. Die Firmen Gärtner und Sey annoncieren immerwährend in allen möglichen Zeitungen nach Arbeitern, und häufig fallen auch Kollegen auf diese Annoncen herein, kommen hierher und müssen dann erleben, daß die Versprechungen bei weitem nicht eingehalten werden, oder wenn die Kollegen nicht schufteten, daß sie auf der Nase liegen, sind sie in drei Tagen wieder draußen. Ist es doch schon häufig vorgekommen, daß Herr Gärtner jüngeren Kollegen einfach nach ein paar Tagen pro Stunde 25 Pf. gab und sie raussetzte; dieselben ließen sich dies eben in ihrer Unwissenheit gefallen. Auch bei der Firma Sey ist's nicht besser, hier sind 1 Werkmeister, 3 Arbeiter und circa 15 Mann beschäftigt; die Kollegen können sich da ungefähr ein Bild machen, wie es dort zugeht. Auch herrscht dort noch die zehnständige Arbeitszeit von früh 6 bis abends 6 Uhr, da müssen die Kollegen von außerhalb schon um 4 Uhr aufstehen und dann werden ihnen noch überstunden angeboten. Also falle niemand auf solche Annoncen herein. Im übrigen wende man sich an die Sektionsleitung.

Dresden. (Drechsler.) Am 19. August hielten wir eine Branchenversammlung ab, in welcher wir uns über folgende Punkte einigten: Als Tagungsort sind wir mit Leipzig einverstanden. Die Zeit der Tagung wäre wohl die geeignetste zwischen Weihnachten und Neujahr. Wir meinen, daß zu dieser Zeit wohl jeder Delegierte Zeit hat, unsere Interessen auf der Konferenz zu vertreten, und es hinlänglich ist, wenn in einem Bericht geschrieben wird, daß dadurch die Weihnachtstenden gestört würden — um etwas Positives zu schaffen, müsse die Konferenz Zeit gewinnen. Als Tagesordnung wurde vorgeschlagen: 1. Lage der Drechsler und Berichte der Delegierten. 2. Afford- oder Lohnarbeit, Sicherung eines Minimallohnes. 3. Schaffung von möglichst gleichen Preisen bei Massenartikeln. 4. Agitation und Organisation. 5. Die hygienische Lage im Drechslergewerbe und wie haben wir dieselbe. 6. Verschiedenes. Ferner beantragten wir, diejenigen Zahlstellen, wo Massenartikel angefertigt werden, sollen bei Besichtigung der Konferenz besondere Beachtung finden.

Frohburg i. S. Schon seit längerer Zeit befinden sich hier organisierte Holzarbeiter, aber es war wegen der Gleichgültigkeit der einheimischen Kollegen nicht möglich, zur Gründung einer eigenen Zahlstelle zu schreiten. Außer einer Stuhlfabrik, wo sämtliche Kollegen organisiert sind, befinden sich noch eine größere Tischlerei und ein Sägewerk hier. In letzteren scheinen die Arbeiter es überhaupt nicht für nötig zu halten, ihre durchaus nicht glänzende Lage zu verbessern. In der Tischlerei wird täglich noch 11 Stunden gearbeitet. Trotzdem wollen die Kollegen nicht einsehen, daß sie nur durch Anschluß an die Organisation ihre Lage verbessern können. Da hier in allen Betrieben noch verbesserungsbedürftige Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen, ersuchen wir die Kollegen allerorts, dafür zu sorgen, daß die hiesigen Betriebe von Arbeitssuchenden nicht zu sehr überlaufen werden.

Hilffingen. Wir befinden uns gegenwärtig in einer ernten Zeit, deshalb wäre es doppelt nötig, daß die Kollegen die Versammlungen besuchen. Aber leider ist das nicht der Fall. Es ist eine Gleichgültigkeit eingewissen, welche sehr bedauerlich ist. Mühten sich doch schon Versammlungen wegen schlechten Besuchs abzuhalten, und in letzter Versammlung sieht man die Kollegen, die sich nicht beteiligen, sondern nur die Kollegen für die nächste Versammlung, oder nur auf die 14 Tage eine Stunde dem Verband zu opfern, dünkt ihnen zu schwer. Kollege, besucht die Versammlungen besser, haltet fest zur Organisation, damit wir das im letzten Jahre Errungene erhalten und noch mehr erreichen, zum Nutzen aller. — Die zugereisten Kollegen möchten wir ersuchen, das Ungehörige unbedingt zu unterlassen. Die Herberge, wofür Arbeit nachgewiesen und Reiseunterstützung ausgezahlt wird, befindet sich Restauration Reith, Unterer Marktplatz.

Leipzig. Die hiesige Zahlstelle hielt am 18. August ihre gut besuchte Mitgliederversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung die verstorbenen Kollegen Läser, Fuchs, Sauerbier und Bohne-Stuttgart durch Erheben von den Plätzen. Dem letzteren widmete der Bevollmächtigte noch für seine großen Verdienste als Verbandskassierer eine kurze Gedächtnisrede. Alsdann referierte Genosse Adolf Hoffmann-Berlin über das Thema: „Das Volk der Denker in der Zwangsjacke“. Der reiche Beifall bezeugte, daß die Versammelten mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden waren. Hierauf gab Kollege Ehrlich die Abrechnung vom 2. Quartal 1907. Die Verbandskasse vereinnahmte 62797,29 Mk., darunter an Beiträgen 20488,50 Mk., an Extrabeiträgen 12397,50 Mk., Ausgegeben wurden 62797,29 Mk., darunter für Arbeitslosenunterstützung 1914,75 Mk., für Streikunterstützung bei der Ausperrung 55360 Mk. Die Lokalkasse verausgabte 51737 Mk., darunter an Unterstützung bei der Ausperrung 21829 Mk. Die Einnahme betrug 89787 Mk., in welcher Summe die Sozialbeiträge von zusammen 8408 Mk. mit inbegriffen sind. Die Gesamtkosten der Ausperrung betragen für die Verbandskasse 55564,84 Mk., für die Lokalkasse 21829 Mk. Es wurde beschlossen, die vereinnahmten Extrabeiträge dem Hauptvorstand zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde auf Antrag der Lokalverwaltung beschlossen, den streikenden Tabakarbeitern 500 Mk. zu bewilligen. Zugleich wurde der Verwaltung das Recht eingeräumt, in solchen Fällen, wo die Generalkommission zur Unterstützung auffordert, bis zu 500 Mk. zu bewilligen. Der Verbandsvorstand hat den von der Zahlstelle beantragten Ausschluß eines Mitgliedes abgelehnt und beschlossen, demselben nur eine Rüge zu erteilen. Die Verwaltung ist aber mit diesem Beschluß nicht zufrieden, und soll deswegen nochmals an

den Hauptvorstand eventuell an den Ausschluß heranzutreten werden. Bezüglich der Vertragsunterschriften ist es notwendig, daß wir auch von den Firmen, die dem Schutzverband nicht angehören, die schriftliche Erklärung erhalten, daß sie den Vertrag anerkennen. Es sind deswegen schon Verhandlungen geführt worden, aber leider hat das bei einigen Unternehmern, wie zum Beispiel Frommberg, Graubig usw., nichts genützt. Die betreffenden Unternehmer sollen nun den Kollegen in einer laufenden Rubrik in der „Volkzeitung“ bekannt gegeben werden. Des weiteren wurde der Verwaltung anheim gegeben, die Lohnverhältnisse in den kleinen Branchen und Werkstätten, wenn nötig mit Nachdruck, besser zu helfen. Zum Schluß machte Kollege Gericke noch auf den Arbeitswilligen Reinhold Schmidt aufmerksam, der heute schon zum fünftenmal ins Zuchthaus kam, aber trotzdem noch bei der letzten Ausperrung unseren Kollegen durch sein Zeugnis zu Strafen verhalf.

Pirna. Langsam und sicher, wie die Arbeiterbewegung am Orte, so hat sich auch die hiesige Zahlstelle zu einem maßgebenden Faktor entwickelt. Die Organisationsverhältnisse unter den Holzarbeitern sind, wenn auch nicht glänzend und gut zu nennen, so doch immerhin einigermaßen befriedigend. Leider hat in letzter Zeit ein Teil der Kollegen in dem Sägewerksbetrieb mit Riffenfabrikation und Furnierschneiderei von Leinbrock in Gopitz aus nicht gerade erfreulichen Gründen dem Verband den Rücken gekehrt. Der Austritt ist um so unverständlicher, als gerade in diesem Betrieb der Lohn niedrig und das Verhalten des Chefs und dessen Söhne sowie der Vorgesetzten den Arbeitern gegenüber nicht gerade immer einwandfrei ist. Auch lassen die sanitären und hygienischen Einrichtungen sehr viel zu wünschen übrig. Neben dem Leinbrockschen Betrieb gibt es noch einige Sägewerke, wo der Organisationsgedanke nicht recht Fuß fassen will. Und gerade die Schneidmüller und sonstigen Arbeiter in diesen Betrieben sind die am schlechtest bezahlte Kategorie von Arbeitern am Orte. Auch ist die Arbeitszeit noch eine unverhältnismäßig lange. So wird in den Betrieben von Horn in Gopitz und Reinitzer in Pirna noch 11 Stunden gefordert. Dabei herrscht in allen diesen Betrieben eine Arbeitsmethode, die als durchaus ungefund bezeichnet werden muß. Und doch stehen die meisten Arbeiter dem Treiben dieser Unternehmer apathisch gegenüber; sie schufteten und schinden, daß diese Holz- und Geldprozen sich neue Willen bauen und herrlich und in Freuden leben können, während sie selbst bei langer, schwerer Fron darben. Um Tausende hat sich der Mehrwert jährlich in den größeren Betrieben gesteigert seit Inkrafttreten des neuen Handelsvertrags, der für die Rohholzeinfuhr von Österreich wesentliche Erleichterungen brachte, und die Arbeiter sind dabei leer ausgegangen. Deshalb rufen wir den Kollegen dieser Betriebe einmal von dieser Stelle aus zu: „Haltet treu und fest zum Verband, sorgt dafür, daß auch der letzte Kollege den Weg zur Organisation findet.“ — Ein etwas anderes Bild entrollt sich vor unseren Augen, wenn wir die Betriebe der Bau- und Möbelfabrikation betrachten. Zwar ist auch hier nicht alles so, wie es sein sollte, und der Spruch, welcher in einem Betrieb in großen Lettern uns entgegenleuchtet „Nicht mit der Zeit, der Zeit voraus“ trifft durchaus nicht zu. Aber die Organisationsverhältnisse können doch als annähernd gut bezeichnet werden; auch wurde voriges Jahr für diese Kategorie von Arbeitern eine erfolgreiche Lohnbewegung durchgeführt. Anders ist jedoch das Verhalten der Kollegen selbst. Obwohl nicht in allen Betrieben, in welchen die neuen Arbeitsbedingungen unterzeichnet wurden, diese auch eingehalten werden, glauben manche Kollegen doch nunmehr auf ihren Vorbeeren ausruhen zu können. Sie bezahlen ihre Beiträge, alles andere ist für sie ein Blümchen Nähnichichtan. Der Versammlungsbesuch ist ein miserabler, kaum 10 Prozent der Kollegen halten es für notwendig, in die Versammlungen zu gehen. Wohl wird am Biertisch oder bei sonstiger Gelegenheit räsoniert, dann und wann mal heimlich die Faust in der Tasche geballt, aber selbst zur Abstellung der Abstände mit beizutragen und vor die richtige Schmieße, in die Versammlung zu gehen, fällt diesen Kollegen gar nicht ein. Als organisierter Arbeiter zu gelten, dazu genügt nicht allein das Zahlen von Beiträgen, dazu gehört noch mehr, vor allem ein regelmäßiger Versammlungsbesuch. Wie sollen denn Klassenkämpfer erzogen, wie Lohnbewegungen erfolgreich durchgeführt werden (denn die Kämpfe können auch am Orte erbitterter werden als im Vorjahr), wenn die große Masse der Kollegen allem teilnahmslos gegenübersteht. Also, Kollegen, werft endlich einmal eure alte Selbstargie in die Kumpellammer und kommt den Anforderungen, welche an euch gestellt werden, auch nach. Sorgt für guten Versammlungsbesuch. Zeigt aber auch, daß ihr Klassenkämpfer seid.

Stuttgart. Aus Anlaß des internationalen Holzarbeiterkongresses fand am 17. August eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die sehr zahlreich besucht war. Als erster Referent nahm Kollege Weltner aus Budapest das Wort. Er gab einen Überblick über die Entwicklung der Holzarbeiterbewegung in Ungarn. Die Tischler waren von Anfang an die Träger des sozialdemokratischen Gedankens in Ungarn. Deshalb ist auch die gewerkschaftliche und politische Bewegung eng miteinander verbunden. Vom Jahre 1894, in dem der erste sozialdemokratische Holzarbeiterverein gegründet wurde, bis 1904 blieb sich die Mitgliederzahl ziemlich gleich. Erst als die Regierung dem Drängen der Arbeitgeber nachgab und terroristisch gegen die Arbeiterorganisationen vorging, war ein Aufschwung zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl stieg von 400 im Jahre 1904 auf 14600 im Jahre 1907. Auch ist der chauvinistische Geist von früher in einen sozialistischen umgeschlagen. Und damit auch der Kossuthkultus, der einst gepflegt wurde, verschwand. Redner schließt mit dem Wunsch, daß der sozialistische Geist immer mehr und mehr in internationalem Sinne gepflegt werden möge, wozu der gegenwärtige Kongress sein möglichstes beigetragen habe. Kollege Krafty aus Prag betont die Gleichartigkeit der gewerkschaftlichen Entwicklung der verschiedenen Nationalitäten Osterreichs. Sie waren in ihren Anfängen alle nationalitätlich. Trotzdem es sehr schwer war, diese sich widerstrebenden Elemente auf ein gemeinsames Ziel zu richten, trieb die ökonomische Entwicklung sie jedoch mit Notwendigkeit zum Sozialismus hin. Dadurch wurde es auch den deutschen Unternehmern nicht mehr wie früher möglich, Streikbrecher aus Böhmen zu importieren. Auch er wünscht, daß ein immer

festere Band der Solidarität alle Holzarbeiter der Welt umschließen möge. Als letzter der ausländischen Referenten ergriß Kollege Richter aus Wien das Wort. Mit Bewunderung, erklärte er, schauen wir über die Grenze und auf den riesigen Fortschritt der deutschen Holzarbeiter. Aber auch bei uns ist ein guter Fortschritt zu verzeichnen, trotz der meistens kleingewerblichen Verhältnisse und trotz der politischen Schikane, denen die Gewerkschaften ausgesetzt sind. Auch hier treten die nationalen Gegensätze in die Erscheinung. Das Glend, das international ist, war auch hier der Faktor, der zur Einigkeit zwang. Der gegenwärtige internationale Holzarbeiterkongress hat gut gearbeitet. Er hat uns in diesen zwei Tagen einander näher gebracht, als die letzten zehn Jahre zusammengenommen. Der Redner dankt zum Schluß für die freundliche Aufnahme, die sie in Stuttgart gefunden haben. In der Diskussion warnte Kollege Dörfer die fremden Gäste, ein zu rosiges Bild von den Stuttgarter Verhältnissen mit in ihre Heimat zu nehmen; es ist auch hier noch lange nicht das erreicht, was erreicht werden könnte. Kollege Raub schilderte die Verhältnisse Württembergs unter dem Sozialistengesetz. Kollege Rath-München wies auf die Notwendigkeit der Weiterbildung und Selbsterziehung hin. Die freibürgerlichen Einrichtungen, die wir in Süddeutschland haben, besser zu unseren Gunsten auszunutzen, ist eine dringende Pflicht. Auch die christlichen Organisationen müssen wir bekämpfen, da ihr Hauptzweck die Zersplitterung der Arbeiterschaft ist. Da die wirtschaftlichen Kämpfe keine religiösen Kämpfe sind, ist die Existenz christlicher Gewerkschaften vollständig zwecklos, ja sogar schädlich. Die Fortschritte, die unsere Nachbarländer aufzuweisen haben, sind sehr erfreulich, hauptsächlich in bezug auf die Fernhaltung von Streikbrechern. Da uns die schwersten Kämpfe noch bevorstehen, ist es sehr nötig, die Kollegalität zu pflegen und unsere Kampfmittel zu vermehren. Im Schlußwort betonte Kollege Richter, daß unser Ziel die Beseitigung des Kapitalismus ist. Unsere ganze Arbeit ist Zeilarbeit, solange das Produktionsystem nicht geändert ist. Die christliche Zersplitterungsarbeit ist am besten durch gründliche Ausbildung unserer Mitglieder zu bekämpfen. Diese Leute sind nicht aus Überzeugung, sondern aus Unwissenheit unsere Gegner. Zwischen Arbeit und Kapital gibt es keine Harmonie, sondern nur energischen Kampf. Und wer der Stärkere ist, der wird als Sieger daraus hervorgehen. Wir werden so lange kämpfen, bis es keine Ausbeuter und keine Ausgebeuteten mehr gibt. Nachdem der Vorsitzende den Referenten für ihre ausgezeichneten Darlegungen den Dank ausgesprochen hatte, wurde die imposante Versammlung geschlossen.

**Weilheim (Oberbayern).** Die hiesige Zahlstelle hat seit ihrem Bestehen mit Widerwärtigkeiten zu kämpfen, doch hat es den Anschein, als ob es jetzt vorwärts gehen sollte. Notwendig wäre es auch, denn die Zustände, die zum Beispiel in der Sägerei Kolmuß, aber auch in anderen Betrieben herrschen, ipotten der Beschreibung. Die Arbeitszeit währte von morgens 4 bis abends 8 Uhr, die Löhne betragen 30 bis 32 Pf., für die ersten Säger 35 Pf. Den Herren ist es natürlich unangenehm, wenn ihre Arbeiter in Verband sind, sie geben sich alle Mühe, sie der Organisation abwendig zu machen. Am Sonntag den 1. September, nachmittags 2 Uhr, findet in Dieffen im Bachbräu zur neuen Post eine allgemeine Holzarbeiterversammlung statt, zu welcher alle Kollegen erscheinen sollten. — In Dieffen am Ummerssee befindet sich seit dem 9. März eine Filiale unserer Zahlstelle, welche sich gut entwickelt, gehören ihr doch schon 22 Kollegen als Mitglieder an. Bei einer kürzlich durchgeführten Lohnbewegung gelang es, die Löhne von 33 bis 35 Pf. auf 38 bis 40 Pf. zu erhöhen, trotzdem sich die Unternehmer mit dem Plan einer Aussperrung trugen. Auch in Mühlfeld wurde eine nicht unerhebliche Lohn-erhöhung erzielt. An den Kollegen liegt es nun, fest zu unserem Verband zu stehen, damit nicht nur das Errungene erhalten bleibt, sondern weitere Vorteile erzielt werden können.

**Zürich (Bürstenmacher.)** Den Kollegen bringen wir zur Kenntnis, daß wir in Zürich einen Zentralarbeitsnachweis errichtet und zum größten Teil mit den Bürstenfabrikanten der Schweiz Verträge abgeschlossen haben. Wir bitten die Kollegen, welche nach der Schweiz reisen wollen, die Nachweis stütze zu benutzen, damit wir über die Besätze eine bessere Kontrolle führen und die in schweren Kämpfen erungenen Vorteile erhalten können. Der Zentralarbeitsnachweis befindet sich Neumarkt 5, Eintracht, Zürich I.

## Unsere Lohnbewegung.

### Warnung vor Zugug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugug ist fernzuhalten von:

- Zischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Ultona** (P. Dallmeier), Ansbach, Eckersförde (Goltorf, Kruckau, Kuhn und Möller), Gising (Hansio), Gollnow i. Pom. (Koblnski, G. Ziemann), Eisenhütte Kunigunde bei Goslar, Ganau-Kesselstadt (Fr. Körner), Holzgerlingen, Husum, Landsbut, Lauenburg in Pom., Mühlendorf am Jun (Kempf & Geiger), Neudamm, Posen (Sargtschiller Baum), Saalfeld, Soltan (Prüfer), Sonneberg in Thür. (Wilh. Heubach, Chr. Steiner, M. Triebel, B. Schlesinger und G. Schlesinger), Sulzbach bei Saabrücken, Wiersen (Gebr. Henwels), Wriezen (G. Schmidt), Köslin (Josef Schmidt), Zürich (Waserer J. Fluhrer);
- Zischlern, Stuhlbanern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Lahr i. Baden, Lauterberg a. Harz, Mittweida (Franz Winkler);**
- Zischlern u. Stellmachern nach Wismar (Waggonfabrik);**
- Zischlern und Ristenmachern nach Dömitz (Wartelt, Duron, Hink), Rothenfelde (FabCamp);**
- Korbmachern nach Greiffenhagen (Steinhöfel), Sameln (Kramer);**
- Holzarbeitern und Rahmennachern nach dem Saarrevier;**

- Drechslern nach Frankfurt a. Oder (Collath);**
- Bürstenmachern nach Glin (Stohmann);**
- Stellmachern nach Gffen a. d. Ruhr;**
- Stocharbeitern nach Grimma;**
- Gummidrechslern nach Windhagen i. Rheinl. (Fabrik für elektrische Bedarfsartikel).**

**In Augsburg** gab in der Risten- und Waschwangenfabrik von Gebr. Geiß die lange Arbeitszeit den Kollegen Veranlassung, dagegen Stellung zu nehmen. Auf Anregung und durch Vermittlung des Holzarbeiterverbandes wurde die Arbeitszeit, die bisher noch 58 Stunden pro Woche betrug, auf 54 herabgesetzt, so daß auch in diesem Betrieb ohne Arbeitseinstellung und durch Entgegenkommen der Firma die neunstündige Arbeitszeit durchgeführt ist. Die Umrechnung des bisherigen Lohnes auf die jetzige Arbeitszeit wurde mit ganz kleinen Ausnahmen zugunsten der Kollegen vollzogen.

**In Burgdamm** haben unsere Kollegen der Möbelfabrik Burgdamm (Inhaber Herr J. Ahlers) eine erfolgreiche Lohnbewegung ohne Streit zu verzeichnen. Die Fabrik ist erst Anfang Juni d. J. wieder eröffnet, nachdem der frühere Inhaber im vorigen Jahre in Konkurs geraten war. Der Werkmeister, welcher früher schon den Betrieb geleitet, hat dann zunächst versucht, möglichst unorganisierte junge Kollegen einzustellen, und zwar zu 40 Pf. Stundenlohn bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit. Nachdem es dann der Zahlstelle gelungen ist, unter den Kollegen festen Fuß zu fassen, wurde der Lohn auf 42 Pf. erhöht. Am 15. August haben dann sämtliche Kollegen, die Entlassung eines unorganisierten, äußerst unverträglichen Menschen, welcher sich schon als den zukünftigen Vorarbeiter aufspielte fordernd, die Arbeit eingestellt. Diesem Verlangen kam die Firma nach und wurde vereinbart, daß eine vertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgen solle, und wurde der Lohn bei Wiederaufnahme der Arbeit am 18. August um 2 Pfennig pro Stunde erhöht und dann ein Vertragsentwurf eingereicht, nach welchem die Arbeitszeit 9 Stunden und der Durchschnittslohn 48 Pf. betragen sollte. Ferner wurden 25 Prozent Zuschlag für Überzeitarbeit und 50 Prozent für Sonntagsarbeit gefordert und noch eine Reihe Nebenforderungen aufgestellt. Die Verhandlungen, welche im Beisein des Gewerkschafters geführt wurden, führten zum Abschluß eines Vertrags bis zum 1. Juni 1909 mit einmonatiger Kündigung. Der Lohn wird ab 24. August dieses Jahres auf 45 Pf. erhöht. Ab 1. April 1908 wird die Arbeitszeit auf 9 Stunden täglich reduziert und der Durchschnittslohn auf 48 Pf. pro Stunde erhöht. Die sonstigen Forderungen wurden im wesentlichen anerkannt. Die Kollegen in Burgdamm haben also infolge ihrer Einigkeit einen guten Erfolg zu verzeichnen. Wägen sie hieraus die rechte Lehre ziehen und für den weiteren Ausbau unseres Verbandes Sorge tragen.

**In Drenten (Kunigunde)** haben in der Holz- und Spielwarenfabrik von Dr. R. Alberti sämtliche Arbeiter die Kündigung eingereicht. In diesem Betrieb herrschen Zustände, wie man sie in der heutigen Zeit gar nicht mehr für möglich halten sollte. An der Spitze dieser Mustersabrik, welche 26 Mann beschäftigt, steht neben dem Chef der Herr „Direktor“. Im Kontor sind 2 Buchhalter, 2 Schreiber und 2 Schreibverlehrer, während in den Arbeitsräumen der Herr „Obermeister“ daszepter führt. Für Maschinen- und Hilfsarbeiter werden hier Löhne gezahlt von 20 bis 27 Pf., doch auch diese Jammerlöhne stehen nur auf dem Papier. Die Abschlagszahlungen erfolgen nach Gutdünken des „Direktors“, und so ist es keine Seltenheit, daß ein Arbeiter mit 7 bis 10 Mk. abgespritzt wird. Die Forderung der Arbeiter nach einem Minimallohn von 30 Pf. wurde kurzerhand abgelehnt und mit Schließen des Betriebes gedroht. An der Erhaltung desselben kann uns jedoch durchaus nichts gelegen sein.

**In Dortmund** haben die Bürstenmacher den Arbeitgebern Forderungen unterbreitet. In einer Verhandlung zeigten die letzteren ein nur sehr minimales Entgegenkommen, demzufolge bei den Firmen Pieper und Heilmann die Kündigung eingereicht wurde. Diese läuft am 31. August ab. Die Kollegen sind entschlossen, mit dem Kampf nach Greiffenhagen nicht zu eszornen.

**In Eisenburg** ist für die Möbelschler, Drechler und Maschinenarbeiter mit dem Schuhverband ein Vertrag abgeschlossen worden, welcher vom 1. September 1907 bis zum 1. September 1909 Gültigkeit hat. Durch denselben wird die Arbeitszeit von 57 auf 56 Stunden wöchentlich vermindert. Die Arbeiter erhalten eine Lohnerhöhung um 5 Prozent, bei Lohnarbeit wird der Stundenlohn um 3 Pf. erhöht und steigt der Mindestlohn von 25 auf 28 Pf. (für Arbeiter im ersten Gesellenjahr von 25 auf 28 Pf.). Außerdem obliegt jetzt der Transport des Holzes zum Hobelwerk dem Arbeitgeber. Sind auch die Zugeständnisse nicht besonders weitgehend, so ist doch immerhin ein nicht zu unterschätzender Fortschritt erzielt, der nur unserer straffen Organisation zu danken ist. Noch in letzter Stunde schien es, als ob es infolge des Eingreifens des Herrn Rahardt zum Buch kommen sollte, da er den Ablauftermin des Vertrags durchaus auf den 1. Oktober statt auf den 1. September festgesetzt wissen wollte. Da jedoch die heftigen Unternehmern aus guten Gründen eine friedliche Einigung wünschten, mußte Herr Rahardt, wenn auch schweren Herzens, seine Zustimmung zum Vertrag geben. (Übrigens ein interessanter Beitrag zu der Frage, wo die Streitheber sitzen. Red.) — Hoffentlich halten nun die Kollegen fest zum Verband, um die Errungenschaften zu schützen. Aber auch den wenigen uns noch fernstehenden Kollegen möchten wir nahelegen, nicht nur zuzusehen, wie andere für sie bessere Arbeitsbedingungen erringen, sondern in unsere Reihen einzutreten und gemeinsam mit uns für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich Steinstraße 1 und werden dort jederzeit Anmeldungen zum Verband entgegengenommen.

**In Greiffenhagen** ist es bei den Korbmachern der Werkstätte Steinhöfel zu Differenzen gekommen. Neben anderen Missetänden ist das überaus schlechte Material daran schuld. Da Herr Steinhöfel keinerlei Entgegenkommen zeigte, haben die Kollegen die Arbeit niedergelegt. Wir bitten, den Zugug von Korbmachern fernzuhalten.

**In Grimma** befinden sich die Kollegen in der Kinderwagenfabrik von Julius Trethar, wo jetzt Geschloßbe-

(sogenannte Drillings) angefertigt werden, in einer Lohnbewegung und werden zurzeit Unterhandlungen gepflogen. Gefordert wird ein Zuschlag von 35 Pf. pro Stück. Die her zahlte die Firma 4,25 Pf. Die Kollegen werden ersucht Grimma zu meiden.

**In Grünstadt** wurden am 15. August zwei Kollegen von der Firma Heinrich Schumacher, Möbelfabrik, angeblich wegen Beleidigung entlassen. Die übrigen Kollegen erblickten hierin eine Maßregelung und verlangten die Wiedereinstellung. Die Firma weigerte sich dessen und schloß nach einer stattgefundenen Werkstattversammlung, welche sich mit der Angelegenheit beschäftigte, das Fabrikator, so daß die Kollegen ausgesperrt waren. Die Firma glaubte jedenfalls, mit dieser Maßnahme die Kollegen einzuschüchtern, hatte jedoch die Rechnung ohne die Organisation gemacht und die Einigkeit der Kollegen nicht in Betracht gezogen. Nachdem die am 19. August stattgefundenen Verhandlungen ergebnislos verlaufen waren, hat sich die Firma bis zum 20. August eines anderen Besonnen und zeitigen die Verhandlungen an diesem Tage das Ergebnis, daß, nachdem die beiden Kollegen die mündliche Erklärung abgegeben, die Absicht einer Beleidigung habe ihnen ferngelegen, und nachdem die Firma sich verpflichtet hatte, einige Missetände abzustellen, die Arbeit am 21. August von sämtlichen Kollegen wieder aufgenommen wurde.

**In Hanau** ist die Lohnbewegung für die Baugeschäfte beendet. Errungen wurde eine Lohnerhöhung von 3 Pf. pro Stunde und ein Akkordzuschlag in derselben Höhe. Für Überstunden 10 Pf., für Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Zuschlag. Die Vereinbarungen gelten bis 31. März 1908. Wenn auch die Forderungen nicht in vollem Umfang durchgesetzt wurden, so haben wir doch einen schönen Erfolg gehabt. Es muß nun Aufgabe der Kollegen sein, für Ausbau und Stärkung der Organisation zu sorgen, dann wird es auch möglich sein, zu diesen Verbesserungen bald neue hinzuzufügen. Der Streit bei Körner in Kesselstadt dauert fort. Hoffentlich kommt auch diese Firma zu der Überzeugung, daß eine Lohnerhöhung am Plage ist. Was bei den anderen Geschäften möglich war, wird wohl auch bei der Firma Körner durchführbar sein.

**In Husum** stehen die Tischler, Polierer, Drechler und Bildhauer der Möbelfabrik von Köhn seit sechs Wochen im Streit, um die 56 stündige Arbeitszeit zu erringen. Von den 57 Kollegen, welche die Arbeit eingestellt haben, befinden sich noch 12 am Orte. Streikbrecher hat die Firma dato keine erhalten, außer dem halben Duzend unorganisierten, welche gleich stehen geblieben sind. Die schwarzen Listen scheinen den entgegengesetzten Zweck zu erfüllen, als die Firma beabsichtigt. Denn aus der Provinz wendeten sich die Arbeitgeber an die Streikleitung um Tischler usw. In der letzten Versammlung der freien Vereinigung stündiger Tischlermeister Husums ermahnten einige Meißel ihre Kollegen, welche streikende Tischler in Arbeit haben, dieselben zu entlassen. Ob nun die wenigen Kollegen hier in der Stadt arbeiten oder nicht, hat auf den Verlauf der Bewegung bei Köhn nicht den geringsten Einfluß. Wenn die Kleinmeister aber zugunsten des Großbetriebes Partei ergreifen wollen, so sollen sie nur sehen, daß sie sich dabei nicht die Finger verbrennen. Wir können ihnen verraten, daß sämtliche Tischlergesellen Husums dem Verbandsangehören, und ersuchen die Kollegen allerorts, den Zugug nach Husum streng fernzuhalten, dann dürfte die Firma Köhn auch noch zu der Einsicht kommen, daß der Holzarbeiterverband ein Faktor ist, mit dem sie rechnen muß.

**In Köslin** befinden sich die Kollegen von der Firma Schmidt im Streit. Die Firma hat sich eine neue Maschine zugelegt und benutzte diese Gelegenheit, um den vor zwei Jahren abgeschlossenen Vertrag zu beseitigen; sie erklärte, daß nunmehr andere Maschinenverhältnisse im Betriebe seien, und deshalb auch neue Preise eingerichtet werden müßten. Anstatt sich aber mit den Gesellen in Verbindung zu setzen und zu vereinbaren, was auf die Benutzung der neuen Maschine abzurechnen sei, setzt die Firma einseitig einen solchen Abzug fest, daß eine Sorte Dreifüllungsstücken, für die es vor dem 2.46 Mk. gab, jetzt auf den Preis von 1,50 Mk. zu stehen käme; dabei wird die Maschinenarbeit von den Gesellen auf 1,50 Pf. pro Stk. geschätzt. Eine Verhandlung durch den Gewerkschaftsvorstand wurde abgewiesen, denn „was ich gesagt, das bleibt, und damit basta“ war die Äußerung des Unternehmers. Es legten daher die Kollegen, 25 Mann, die Arbeit nieder, um die Aufrechterhaltung des alten Vertrags zu erzwingen, oder eine vernünftige Verhandlung in die Wege zu bringen. Jedenfalls werden in Stettin und in anderen pommerischen Blättern Tischler von der Firma gesucht werden, es wird jedoch um strengste Fernhaltung des Zuguges gebeten.

**In Konstanz** standen unsere Kollegen vor einigen Wochen im Streit, der schließlich nach sechswochiger Dauer durch Abschluß eines Vertrags beendet wurde. Im Vertrag wurde die Arbeitszeit um eine halbe Stunde vermindert und beträgt somit 9 1/2 Stunden. Dazu kommen die Verbesserungen der Löhne um 2 Pf. pro Stunde für 1908 und 1909, weiter die üblichen Zuschläge für Sonntag- und Nachfeterabendarbeit und die Zuschläge für Arbeiten im Winter haben sich die seitens der Zeitung gedruckten Forderungen bezüglich des Streiks nur zu inhaltslos befähigt. In Konstanz haben wir es durchweg mit Kleinmeistern zu tun. Da hatte der eine seinen Sohn als Klausurierer zur Verfügung. In einer Reihe von Werkstätten standen dieselben Löhne sogar mehrere. Andere Meister fanden Verwandte als Hilfe in der Not, und die kleinen Meister traten selbstkräftig ins Geschirr. Überseht man das Verhältnis der Streikenden zu den Arbeitswilligen, so kommen auf drei in den Streik getretene jeweils ein Arbeitswilliger. Da ist es freilich kein Wunder, wenn der Streik nach verhältnismäßig langer Dauer mit den geschätzten Erfolgen beendet werden mußte. Für die Konstanzer Kollegen ergibt sich aus den Vorkommnissen die ernste Mahnung, jetzt keine Mühe zu scheuen, um das Errungene festzuhalten, und weiter zu bauen an ihrer Organisation, denn wo diese fehlt, da fehlt auch der durchschlagende Erfolg.

**In Kraß bei Gffen** befinden sich die Kollegen der Möbelfabrik Heymann in einer Lohnbewegung. Sie fordern neun einhalbstündige Arbeitszeit, Lohnzulage für Maschinenarbeiter, Erhöhung der Akkordpreise für Bankschreiner, sowie Zuschläge für Überstunden. Da von der Betriebsleitung ein entsprechendes Entgegenkommen nicht gezeigt wurde, haben die Arbeiter die Kündigung eingereicht. Herr Heymann be-

müht sich durch Inserate in auswärtigen Blättern um Ersatz. Der Zugang ist vorläufig streng fernzuhalten.

Zu Lahr dauert der Streit in der Tisch- und Stuhlfabrik von Schad & Blank unverändert fort. Die Firma sucht durch Inserate Arbeiter, denen sie Löhne verspricht, welche weit über das hinausgehen, was sie bisher zu zahlen gewohnt war. Es haben zwar Verhandlungen stattgefunden, doch führten dieselben zu keinem Resultat, weshalb um weitere Fernhaltung des Zugangs gebeten wird.

Zu Lauenburg i. Pommern stellten unsere Kollegen die Forderung auf Abschaffung der elfstündigen Arbeitszeit. Statt uns diese mehr als beschiedene Forderung zu erfüllen, machte der Obermeister der Tischlerinnung, ein Herr Gottke, die Meister scharf, und es gelang ihm, die Unternehmer zu überreden, sich unterschriftlich zu verpflichten, bei einer Strafe von 200 Mk. an die Kasse der Innung die Forderung der Gesellen abzulehnen. Da es sich in der Hauptsache um ledige Kollegen handelt, dürften sich die Unternehmer die Sache doch nochmals überlegen, denn wenn erst die Kollegen abgereift sind, werden sich kaum Tischler finden, die sich nach den Fleischtöpfen von Lauenburg sehnen. Wir ersuchen alle Kollegen, sich von Lauenburg fernzuhalten; die Unternehmer suchen hauptsächlich in den ost- und westpreussischen Zeitungen Gesellen.

Zu Lechhausen gelang es, auf dem Wege von Verhandlungen bei Schreinermeister Schwarz die Arbeitszeit von 58 1/2 auf 54 Stunden pro Woche zu verkürzen. Dem Drucke der Verhältnisse nachgebend, war es durch eintägige Arbeitseinstellung möglich, die neunstündige Arbeitszeit zu erhalten, die in den meisten Werkstätten schon seit zwei Jahren üblich ist. Weiter wurden 2 Pf. Zulage pro Stunde und Gehilfe bewilligt. Die von der Zahlstelle des Verbandes ausgearbeitete Werkstattordnung gelangte ebenfalls zur Annahme. Für die Kollegen gilt es nun, das Erreichte frische durchzuführen und hochzuhalten, um so mehr, da durchschnittlich in allen Werkstätten am Orte dieses die Erzeugung der Lohnbewegung vor zwei Jahren bedeutet. Diese Erfolge waren nur durch die Organisation zu erreichen, und deshalb ist es Pflicht eines jeden Kollegen, noch mehr wie bisher für den Verband zu arbeiten.

Zu Mannheim sind die Bauanschläger in den Streit getreten. Am 1. Januar kündigten uns die Arbeitgeber den Tarif der Bauanschläger, um bedeutende Verschlechterungen einzuführen. Nach mehreren Unterhandlungen erkannten sie wohl den alten Tarif wieder an, der Abschluß eines neuen Tarifs scheiterte aber an der Rückständigkeit unserer Kleinmeister. Dieselben konnten sich nicht dazu verstehen, den Minimallohn der Werkstattschreiner um 2 Pf. pro Stunde zu erhöhen, trotzdem man vorher stets erklärte, die Werkstattschreiner sind zu schlecht bezahlt. Da die Schreinermeistervereinigung aber nur einen gemeinsamen Vertrag abschließen wollte, das, was sie den Werkstattschreiner bot, jedoch zu gering war, kam es zu keinem Tarifabschluß, und arbeiteten wir ohne Tarif weiter. Angesichts des gegenwärtigen guten Geschäftsganges sind wir erneut an die Arbeitgeber herangetreten, wurden aber auch diesmal abgewiesen, ja man lehnte sogar jede Unterhandlung ab. Es wurde daher beschlossen, die Arbeit so lange ruhen zu lassen, bis die Schreinermeistervereinigung gewillt ist, mit uns einen Vertrag abzuschließen. Sämtliche Kollegen sind schon jahrelang organisiert, es wird den Arbeitgebern daher nicht so leicht sein, Arbeitswillige zu bekommen. Mehrere Arbeitgeber haben unseren Tarif anerkannt, so daß wir schon eine Anzahl Kollegen anderweitig untergebracht haben. Streikbrecher haben wir auch weiter nicht zu verzeichnen als einige Kleinkrauter, die ihren in Not geratenen Kollegen aus der Patsche helfen wollen, uns aber nicht schaden können. Zugang von Bauanschlägern ist fernzuhalten.

Zu Weidorf hatten die Tischler, Drechsler und Maschinenarbeiter der Firma Albers & v. Drathen die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden und Erhöhung des Stundenlohnes um 5 Pf. gefordert. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von 2 Pf. ab 1. Oktober d. J. und 2 Pf. ab 1. April 1908 auf dem Wege der Unterhandlung. Die Verkürzung der Arbeitszeit, welche in Anbetracht der Konkurrenz, welche die Firma den auswärtigen Arbeitgebern macht, unbedingt hätte durchgeführt werden müssen und bei einiger Energie der Kollegen auch erreicht worden wäre, wurde seitens der Kollegen fallen gelassen. Konnte doch Herr Albers dem Gauvorsteher gegenüber erklären, eine Verkürzung der Arbeitszeit wollen die Leute gar nicht haben, ich habe eben noch mit ihnen gesprochen. Diese Tatsache ist wohl nur dem Umstand zuzuschreiben, daß die Fabrik Albers & v. Drathen der einzige größere Betrieb am Orte ist und die Kollegen sich daher allzu abhängig fühlen. Der Vertrag gilt bis 31. Dezember 1908.

Zu Wadewent-Schönsenbroda gelang es bisher nicht, einen Vertrag mit den Unternehmern abzuschließen. In der Kommission war wohl eine Einigung erzielt und von den Gehilfen auch angenommen worden, bis auf die Höhe des Normallohns für 1908 und 1909. Die Unternehmer haben für die Vertragsdauer nur 46 Pf. Lohn bewilligt, die Kollegen verlangen aber 1908 47 Pf., 1909 48 Pf. Darüber konnte bisher eine Einigung nicht erzielt werden, und ersuchen wir deshalb um weitere Fernhaltung des Zugangs.

In Solingen sind die Schreiner in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Forderungen beziehen sich vornehmlich auf eine Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne. An die Schreiner im Lande ergeht die Mahnung, Solingen auf das strengste zu meiden. Die Forderungen wurden den Meistern am 19. August unterbreitet.

In Spiegelberg haben die Kollegen der dortigen Stuhlfabrik von Lauser & Cie. mit ihrem Arbeitgeber einen Vertrag geschlossen, nach welchem das Arbeitsverhältnis geregelt und wesentliche Verbesserungen für die Kollegen durchgeführt wurden. So wurde die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden reduziert. Für Überstunden und Sonntagsarbeit wird ein Zuschlag von 10 respektive 20 Pf. gewährt. Für Akkordarbeiter wird ein fester Stundenlohn garantiert und etwaige Wartezeit auf neue Arbeit im Stundenlohn vergütet. Für Lohnarbeiter, sofern diese Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes sind, tritt eine Lohnerhöhung von 15 Prozent ein. Diese Erzeugnisse, welche ohne Streit, wo durch Verhandlungen erreicht wurden, waren auch hier nur möglich auf Grund der guten Organisation der dortigen Kollegen. Die Polierer haben eine Lohnaufbesserung nicht erhalten, und dieses aus dem einfachen Grunde, weil sie

nicht Verbandsmitglieder waren. Vielleicht ziehen sie und andere fernstehende Kollegen daraus eine Lehre. Die gleichen Erfolge erzielten die Kollegen vor kurzer Zeit in Sulzbach in der dortigen Stuhlfabrik von Braun. Wir empfehlen den Arbeitern der übrigen Stuhlfabriken dieses zur Nachahmung. Wie denken die Kollegen in Marbach, Wimmenden und Steinheim darüber?

Ausland.

In Meran versuchen die Unternehmer jetzt nach Beendigung des Streiks größere Arbeitermassen heranzulocken, welchen dann angeboten wird, sich vertraglich auf die Dauer eines Jahres zu verpflichten. Die dortige Ortsgruppe der Holzarbeiter bittet bringen um Fernhaltung des Zugangs. Jedenfalls sollte kein Kollege ein Arbeitsangebot annehmen, welches ihm nicht vom Arbeitsnachweis im „Stadtvorhaus Meran“ vermittelt wurde.

In Bülrich ist in der Glaserei von J. Fluhrer ein Streit ausgebrochen. Zugang von Schreibern, Glasern, Maschinisten und Anschlägern ist strengstens fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Eine zerstückte Terrorismlüge.

Die christliche Gewerkschaftspresse bringt mit Vorliebe spaltenlange Schilderungen von Vorgängen, durch die der Nachweis versucht wird, daß die armen Christen von Mitgliedern der freien Gewerkschaften in unerhörter Weise terrorisiert werden. Jüngst ein harmloser Vorgang wird aufgegriffen, tendenziös aufgebauscht, mit einem Wulst von Schimpfadien ausgestattet und so den Lesern als geistige Kost vorgesetzt. Daß die Herren Christen sich damit ins eigene Fleisch schneiden, indem sie der Reaktion Material zu einer arbeitersyndikalen Gesetzgebung liefern, scheinen sie in ihrer blinden Wut gegen die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften ganz zu vergessen.

Wir haben uns ja im Laufe der Zeit an diese Taktik der Christen, Hirsch-Duncker'schen, Reichsverbändler und anderer Leute von gleichem Kaliber gewöhnt, wir müssen aber trotzdem hin und wieder einen solchen angeblichen Terrorismissfall herausgreifen und klarstellen, weil die Herren sich scheuen, ihre Behauptungen richtigzustellen, selbst wenn ihnen die Unwahrheit derselben eingehend nachgewiesen wurde.

Anfangs dieses Jahres veröffentlichte der christliche „Holzarbeiter“ einen an seine früheren christlichen Kollegen gerichteten Brief eines zum Holzarbeiterverband übergetretenen Kollegen, in welchem dieser mitteilt, daß er gezwungen worden sei, zu unserem Verband überzutreten, wollte er seinen Arbeitsplatz nicht verlieren. Natürlich wurde dieser Brief mit den nötigen Entkräftungs-„Schlagern“ garniert, und der Phrasenheld, dem diese Aufgabe oblag, scheint eine gute Stunde gehabt zu haben, denn er schrieb zu dem Briefe einen längeren Kommentar, um den harmlosen Vorgang den Lesern mundgerecht zu machen.

Selbstverständlich machte dieser Erguß die Runde durch die gesamte scharfmacherische Presse. Die scharfmacherischen Verleumder unterließen es aber, einen Namen anzugeben, weshalb uns eine Nachprüfung der Behauptungen nicht sofort möglich war. Die eingeleiteten Recherchen führten uns schließlich auf die Spur und wir erfuhren von unserer Lokalverwaltung in Ludwigshafen, daß es sich nicht um einen Terrorismissfall, sondern um einen recht harmlosen Vorgang handelte. Der Kollege Millt in Ludwigshafen erklärte in einer Sitzung, zu der auch der Vorsitzende und der Geschäftsführer der Christlichen eingeladen waren, daß er nicht gezwungen worden sei, überzutreten, sondern freiwillig dem Vertrauensmann der Werkstatt sein Buch zum Überschreiben gab. Die Behauptung in dem Briefe sei nur ein Vorwand gewesen, um von den Christlichen loszukommen, und man er gewiß hätte, daß der Brief veröffentlicht würde, dann wäre es ihm gar nicht eingefallen, solches zu schreiben.

Die Vertreter der Christlichen wurden verpflichtet, eine entsprechende Erklärung in ihrem Organ zu erlassen. Das geschah jedoch nicht, sondern unsere Kollegen wurden an den Gauleiter Erling in Frankfurt verwiesen. Dieser sowie später auch die Zentralkommission des Christlichen Holzarbeiterverbandes stellten sich auf den Standpunkt, daß eine Erklärung nicht nötig sei, denn man habe lediglich nur von der Tatsache Notiz genommen, daß Millt erklärte, aus unserem (dem christlichen) Verband auszutreten, da er sonst befürchte, seinen Platz zu verlieren. Diese sieben Zeilen umfassende Mitteilung erheischte aber nach christlichen Begriffen noch 47 Zeilen Schimpfepistel mit der Überschrift „Vogel friß oder stirb!“ Der Erguß endet mit den Worten „Ein Ende hat Tyrannenmacht“ und dem frommen Wunsche, daß über die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften ein fürchterliches Volksgericht hereinbrechen möge.

Der angeführte Fall beweist wieder, wie notwendig es ist, die gegnerischen Terrorismlügen sorgfältig auf ihre Wahrheit zu prüfen; gewöhnlich erweisen sich diese Schauer-mären zusammengesetzt aus Lügen und Übertreibungen. Man huldigt in jenem Lager stets dem Grundsatz: „Verleumde nur tüchtig, etwas bleibt doch hängen.“ Und wenn zehnmal nachgewiesen wird, daß die Herren gelogen und übertrieben haben, so will man beileibe nicht, daß von dem Angehängten etwas verloren geht. Ehrliche Leute!

Unternehmerverband der Möbelbranche. Am Sonntag den 18. August d. J. hielten im Rathhaussaale der Stadt Karlsruhe die Inhaber von Möbelgeschäften und die bis jetzt gegründeten Vereinigungen der Möbelgeschäfte in Süddeutschland eine Versammlung ab zur Gründung eines „Landesverbandes der Möbelbranche von Süddeutschland“. Hierzu waren Interessenten aus Württemberg, Bayern, Pfalz, Elsaß-Lothringen und Baden erschienen. Die Gründuna wurde beschlossen.

Eine Submissionsgeschichte. Man schreibt der „Münchener Post“: Im Markte Böttmes soll ein dritter Schulsaal gebaut werden. Für die Schreinerarbeiten kommen drei Meister in Betracht. Die beiden anderen einigten sich, wie sie die Arbeiten verteilten und übernehmen wollten und reichten ihre Angebote ein. In Abteilung II und III, auf die Schreinermeister M. submittierte, war unter anderem auch eine eichene Podesttreppe zu liefern, für die M. 12 Mk. per Stufe verlangte, was bei den jetzigen Verhältnissen nicht zu viel sein dürfte. Nach Bekanntgabe dieses Angebots erbot sich nun ein anwesender Magistratsrat und Wagnermeister, diese Arbeit billiger zu liefern. Er erhielt auch die Erlaubnis, sein Angebot noch nach der Submissionsöffnung einzureichen, und schließlich wurde ihm die Arbeit übertragen. Die verantwortlichen Stellen scheinen kein Gefühl dafür zu haben, daß dieses Verfahren in jeder Hinsicht unsittlich ist. Nach Artikel 103 der Gemeindeordnung können Magistratsmitglieder an der Beratung und Beschlußfassung über Angelegenheiten, die ihr Privatinteresse unmittelbar berühren, nicht teilnehmen. Diese Bestimmung ist im vorliegenden Falle in flagranter Weise verletzt worden.

Soziale Rechtspflege.

Berufsgenossenschaften und Verschmelzung der Versicherungs-gesetze.

Die Berufsgenossenschaften wollen von einer Verschmelzung der drei Versicherungsgesetze gar nichts wissen, weil sie die Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaft an sich nicht aus den Händen geben wollen.

Der Vorstand der Fleischerberufsgenossenschaft erklärt in dem uns vorliegenden Geschäftsbericht pro 1906, „an das Reichsversicherungsamt das dringende Ersuchen zu richten, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß die Unfallversicherung mit keinem anderen Versicherungszweige vereinigt werde und die Berufsgenossenschaften in ihrer derzeitigen Organisation erhalten bleiben“, „insbesondere die Selbstverwaltung der gewerblichen Berufsgenossenschaften, die sich durchaus bewährt hat, nicht beeinträchtigt werde“.

Die Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft schreibt: „Aber die bevorstehende große Reform der gesamten Arbeiterversicherung, mit der die Reichsregierung beschäftigt ist, gelangte bisher nur wenig an die Öffentlichkeit. So viel aber sieht wohl fest, daß man von einer Verschmelzung der drei Versicherungszweige, der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, zu der demnächst noch die Witwen- und Waisenversicherung hinzutritt, abgesehen wird, daß man also keinen Neu- oder Umbau, sondern nur einen Ausbau des großen Versicherungsgebäudes vornehmen wird, wie dies übrigens nur den in den beteiligten Kreisen allgemein herrschenden Ansichten und Wünschen entspricht. Namentlich wird an dem Bestand und in der Hauptsache an der Organisation und Selbstverwaltung der Berufsgenossenschaften, die sich nach dem allgemeinen Urteil ganz besonders bewährt haben, aller Voraussicht nach nichts geändert werden.“

Demnach soll also nur das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen beschnitten werden?

Eingefandt.

Zur Drechslerkonferenz.

Im Laufe dieser Woche haben wir im Auftrag des Verbandsvorstandes an fast sämtliche Zahlstellen einen Fragebogen zur Drechslerkonferenz versandt; desgleichen an die Gauvorsteher, denen mehrere Exemplare zum Weiterverkauf an solche Orte, wo zwar Drechsler, aber keine Verwaltungsstellen sich befinden, nach welchen uns somit die Verbindung fehlt, übermittelt wurden. Wir ersuchen die Verbandsfunktionäre freundlichst, im Interesse der Sache die Fragebogen an die Sektionen weiterzugeben, oder wo solche nicht bestehen, selbst für Beantwortung derselben Sorge tragen zu wollen. Alle mit der Beantwortung der Frage beauftragten Kollegen wollen dies umgehend tun und den Fragebogen bis zu dem angelegten Termine wieder an uns einsenden. Kollegen, welche einen Fragebogen von keiner Seite erhalten haben, wollen sich unverzüglich zur Erlangung eines solchen an den Unterzeichneten wenden.

Die Sektionsleitung der Drechsler Leipzig.  
J. A.: Paul Rißing, Gaußsch bei Leipzig Nr. 221.

Zur Geschloßfrage.

In Nr. 24 der „Holzarbeiter-Zeitung“ nahmen die Hamburger Kollegen Stellung auch zur Frage der Geschloßfrage. Es ist gewiß eine der heißesten Fragen, die die Arbeiterschaft zu lösen haben, und ist das Bestreben, einen Einheitslohn durchzubringen, nur zu begrüßen. Dementsprechend mußte aber auch vorgearbeitet werden, und das ist nicht geschehen. Wohl ist es richtig, daß die Zentralkommission in Nr. 11 der „Holzarbeiter-Zeitung“ einen Lohn von 4,60 Mk. vorschlägt. Aber ebenso richtig ist es auch, daß Submissionen auf dieser Grundlage nicht von der Regierung vergeben wurden. Hat doch die Regierung damals ein Ausschreiben erlassen, als von Mühlberg aus ein Apparat angeboten wurde, welcher angeblich 3 Stunden Zeit erspart: „Wenn sie nicht billiger offerieren, ist keine Aussicht auf Order.“ Auf Grund dieser Zwischenfälle wurde die Vergabe immer wieder verschoben. Von Mühlberg wurde damals von einem Kollegen in Zeit nach dem Preis angefragt. Der Kollege war hier niemand bekannt. Wir schreiben an die Verwaltung, aber bis heute ist noch keine Antwort eingegangen. Mittlerweile kamen Nachrichten aus Bernburg und Grimma. In Bernburg wurde 4,25 Mk., in Grimma 4,10 Mk. bezahlt. In Grimma gingen von jedem Korb noch 20 Pf. für den Meister als „Lehrer“ ab, also faktisch nur 3,90 Mk. Unter diesen Verhältnissen schrieb ich an die Zentralkommission am 20. Juni dahingehend, daß wir uns wunderten, daß die Kommission nichts tut, um Ordnung hineinzubringen. Zu einer Konferenz sei es schon bald zu

